Preußen

und

seine Bedeutung für Deutschland.

Preussen

Preußen

und

seine Bedeutung für Deutschland.

„Die Wahrheit wird euch frei machen.“

Hamburg,
Otto Meißner.
1866.

In heutiger ernster Zeit gilt es vor allen Dingen, Farbe zu bekennen. Neutralität ist unwürdig, schimpflich, wo es das Vaterland gilt.

Die nachfolgenden Blätter stehen auf Preußens Seite. Sie sind hervorgegangen aus der durch vorurtheilsfreie historische Forschung gewonnenen, ganz unabhängigen, Ueberzeugung (eines Nichtpreußen), daß Preußen in Wahrheit die Aufgabe zu erfüllen hat, Deutschland eine wirkliche politische Existenz zu geben, den deutschen Particularismus, die Selbstsucht der Stämme, zu brechen.

Heute, wo der Kampf entbrannt ist, tritt die Nothwendigkeit für Preußens Freunde hervor, ihre Kraft zusammenzunehmen, um dem Sturm zu begegnen, zumal wenn man der festen Ueberzeugung lebt, daß Preußens Niederlage Deutschlands Unglück ist. — Daher übergeben wir jetzt unsere Gedanken, welche im kleinern Kreise, in mündlicher und schriftlicher Discussion schon manchen Kampf durchgefochten, der Oeffentlichkeit, in der Meinung, damit unserer patriotischen Pflicht zu folgen, welche Jedem gebietet, in seiner Art und Kraft wachsam zu sein, daß dem Lande kein Schaden geschieht. Der drohende Schaden hat aber einen Hauptgrund in der großen, durch weite Kreise verbreiteten, wie wir meinen, völlig ungerechtfertigten und für uns verderblichen, Feindschaft gegen Preußen. Wir treten ihr entgegen, den innern Feind mit der Feder bekämpfend, wie Preußens Söhne dem äußern Feind —

ach! es sind Deutsche! — mit dem Schwert begegnen. Möchte unsere geringe Kampfleistung nicht ganz ohne Wirkung bleiben!

Die schleswig-holsteinische Frage ist — wie von selbst gegeben — unser Ausgangspunct, die deutsche Frage unser Zielpunct. Sie sind untrennbar verbunden, müssen gemeinsam gelöst werden. Unser Programm der Lösung ist: *der Anschluß an Preußen*, ein Anschluß, der die Vereinigung Schleswig-Holsteins und der Mittelstaaten mit Preußen zu Einem Staate — sei es ein Bundesstaat oder Einheitsstaat, wenn er nur einheitlich wirkt — in bestimmte Aussicht nimmt.

Es ist eine eigenthümliche, uns so oft begegnende Behauptung: die Vielstaaterei in Deutschland sei dem Grundwesen des germanischen Characters entsprechend, sie sei zugleich nothwendig für das Gleichgewicht Europa's. So spricht man besonders im Auslande und in den deutschen Mittelstaaten. Das Grundwesen des deutschen Volks, *die Geltendmachung der freien Persönlichkeit* bedingt keine Vielstaaterei, sondern nur: *Selbstregierung in der Gemeinde*. Daher: — *Ein großer Staat als Correctiv der Stammesselbstsucht*, aber *Selbstregierung der Gemeinden als Correctiv des centralisirenden Cäsarismus*. Das ist germanische Art und unser Programm. Es bietet zugleich die beste Garantie für das Gleichgewicht Europa's. *Keine Selbstständigkeit der Einzelstaaten, aber Selbstständigkeit der Gemeinden.* Dieser Grundgedanke war leitend im Folgenden. — Wir kennen keinen Staat in Deutschland, der seinem innern Wesen nach so geeignet wäre, diesen Grundgedanken zu realisiren und der germanischen Art gerecht zu werden, als eben Preußen. Freiheit! aber auf Grund der Einheit; jedem das Seine, dem Volk und seinem Körper dem Staat. Möge es uns erlaubt sein, das Suum cuique des preußischen Wappens so zu deuten. —

Nun noch ein Wort. Zur Selbstregierung in der Gemeinde gehört Freiheit, aber auch Gemeinsinn. Fehlt der Gemeinsinn, so wird die Freiheit und mit ihr die Selbstregierung illusorisch; so lehrt die Geschichte. — In neuester Zeit ist es Sitte geworden, die geradezu alleinige Schuld an dem Unglücke Deutschlands der feudalen Parthei in Preußen und speciell dem Grafen Bismarck beizumessen. So z. B. auch in den vielgelesenen brillanten Broschüren von Victor Constant: „die feudale Parthei" und „Preußen." — Läge die Sache so einfach, wären Graf Bismarck und die besagte Parthei wirklich die alleinigen Schuldigen, so wäre das Unglück leichter zu heben, aber man müßte dann zugleich das deutsche Volk verachten, daß es sich nicht wie Ein Mann erhöbe und dem Unwesen ein Ende machte. Indeß die Schuld für die heutigen Zustände liegt tiefer, ach! wir tragen Alle daran! Es liegt uns ganz fern, als Anwalt der feudalen Parthei aufzutreten — wir betrachten ihr Aufflackern im Wesentlichen als die natürliche, freilich ebenso einseitige, Reaction gegen den weitverbreiteten Materialismus — wir bekennen uns vielmehr im tiefsten Herzen als — Demokraten. Irrt nun die Feudale ganz entschieden darin, daß sie die Demokratie als das absolut Böse perhorrescirt — und ihr damit die Ehre einer selbstständigen Geistesmacht vindicirt, die ihr thatsächlich durchaus nicht zukommt — so trifft die arme Feudale doch in dem Punct das Rechte, daß sie das Christenthum als die Grundlage alles staatlichen Lebens betrachtet wissen will, wenngleich, selbstverständlich, die Interpretation des Christenthums ihrerseits für irdisch selbstsüchtige Zwecke aufs Strengste verurtheilt werden muß. Dies Eine aber, das Christenthum als Grundlage des Staats, — nicht als Staatskirche, sondern in den Herzen der Einzelnen als treibende geistige, organisch gestaltende Kraft — das Christenthum ist es, was uns, dem deutschen Volke, leider fremd geworden ist, und darum fehlt der

Gemeinsinn und die Freiheit will sich der bedrängten Welt nicht zeigen, darum und nur darum hat Graf Bismarck Recht mit seiner Art und Weise. — Das ist es, was wir uns gedrungen fühlen, auszusprechen: Die Demokratie wird so lange unersprießlich für das Volksleben bleiben, als sie sich gegen das Christenthum verschließt. An sich ist sie keine Geistesmacht. Sie nimmt ihren Character von der herrschenden Weltanschauung her, deren Freiheitsbegriff für sie maßgebend wird, und die Demokratie wird daher, je nachdem die herrschende Weltanschauung: der Pantheismus, der Materialismus oder das Christenthum ist, sich dem Despotismus — der Verachtung des Einzelnen — der Anarchie — des subjectiven Beliebens — zuneigen, oder aber die ächte Freiheit, die selbsterwählte Uebereinstimmung mit dem Willen Gottes, der ewigen Wahrheit, besitzen. Nur „die Wahrheit wird euch frei machen."

Gottes starke Hand schütze das Vaterland in der schweren Prüfung die uns droht! Und möchten unserm Volk bald die Augen aufgehen für die rechte Kraft zur Selbstregierung. Es ist Gefahr im Verzuge! — Nun zu unserm Thema. —

Hamburg, am 18. Juni 1866.

I.

Preußen — sein Wesen — sein Wirken — seine Stellung in Deutschland.

Um unsere Ueberzeugung von dem wohlthätigen Einfluß eines Anschlusses von Schleswig-Holstein und den Mittelstaaten an Preußen näher zu begründen, ist es nöthig, in kurzer, übersichtlicher Weise das Wesen des preußischen Staats, sein bisheriges Wirken und seine Stellung in Deutschland zu characterisiren.

Ein gewissenhafter Freund sagt in einer noch ungedruckten Schrift, das Wesen Preußens anlangend, Folgendes: „Durch den dreißigjährigen Krieg im 17ten Jahrhundert war das materielle und geistige Leben der Nation auf's Aeußerste geschädigt. Der westphälische Friede stellte zwar die evangelische Lehre sicher in allen deutschen Ländern außer Oesterreich, aber er hob die Reichseinheit fast geradezu auf. Die einzelnen Fürsten und reichsunmittelbaren Städte strebten der vollen Souverainetät zu, die Macht des Kaisers war gelähmt, besonders in den evangelischen Ländern, da das katholische Haus Oesterreich immer die höchste Würde des Reichs bei sich zu fesseln wußte. Dem deutschen Volke war im rechten Sinne des Worts, sein Vaterland genommen, der rechte Boden zur vollen harmonischen Entwickelung seiner Individualität. Die Sonderinteressen der einzelnen Länder wurden mit Engherzigkeit von ihren Beherrschern in oftmals grundverkehrter Weise gefördert, das Wohl des Ganzen nur von Einzelnen beachtet. Die

Geschichtlicher Rückblick.

Selbstsucht der Fürsten, die unwillkürlich auf die Volksstämme überging, legte den Grund zu einer kleinlichen Eifersüchtelei der einzelnen Länder unter einander, die dem Gesammtvaterland unendlichen Schaden that, ganze Provinzen dem Feinde überlieferte, das Reich zertrümmerte und den deutschen Namen in Mißachtung bei der ganzen Welt brachte. Es konnte kein deutsches Volksthum mehr geben, weil es keinen Staat „Deutschland" mehr gab, dem der Deutsche seine Vaterlandsliebe in praktischer Weise hätte widmen können In den einzelnen deutschen Ländern und Ländchen herrschte in jenen Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts der crasseste Absolutismus, denn die Fürsten faßten begierig das Wort des französischen Ludwig auf: l'état c'est moi. Das wäre schon gut gewesen, denn das Volk war durch die vorangegangene Zeit unfähig geworden, sich selbst zu regieren, hätten diese Fürsten ihre Machtvollkommenheit in wahrhaft ernstem Sinne zur Erziehung ihrer Unterthanen verwendet. Aber nein, mit Ausnahme Einzelner, folgten sie Alle dem Beispiel eben jener französischen Könige, die von Pflichten Nichts kannten und nur bestrebt waren, ihre sich selbst genommenen Rechte dem Volk in möglichst glänzendem Licht vor Augen zu stellen. Die nebenbei gepflegte französische Sitte oder — Sittenlosigkeit trug das ihrige dazu bei, die Gewissen des Volks irre zu führen und zu vergiften."

Emporkommen von Brandenburg-Preußen. Sein Wesen.

„Für die Errettung aus diesem Zustande, der zum vollständigen Absterben des deutschen Volks hätte führen können, wurde es wichtig, daß in dem Kurstaat Brandenburg sich unter der Leitung eines weisen und tüchtigen Fürsten, des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, eine Macht herausbildete, die in der Zukunft die Aufgabe erfüllen konnte, der Welt wieder einen im Auslande geachteten deutschen Staat vor Augen zu stellen. Das Beispiel des zum Königreich Preußen erhobenen Brandenburg zeigt, wie aus einem, von Natur nicht reichen, Lande mit einer Bevölkerung, die nicht zu den am glänzendsten begabten deut-

schen Stämmen gehört, die aber einen tüchtigen, auf das Wahrhafte gerichteten innern Sinn besitzt, unter der einsichtigen Pflege eines Fürstengeschlechts, wie es die Hohenzollern waren, Großes werden kann. Die Entwickelung des preußischen Staats ist so recht ein Triumph des Geistes über die Materie, nicht zu ihrer Unterdrückung, sondern zu ihrer Veredlung. Wie kaum jemals in alter und neuer Zeit, sehen wir in Preußen unter der treuen und oftmals genialen Sorge der Hohenzollern und ihrer Rathgeber ein Volk erwachsen, das von seinem loyalen Willen, die Gesetze der ewigen Weltordnung im Staate zu verwirklichen und von einer edlen Freiheitsliebe — also von seiner Befähigung zur Selbstregierung — zu verschiedenen Malen das herrlichste Zeugniß abgelegt hat."

„Zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, wo fremde Sitte und Unsitte fast alle deutschen Höfe beherrschten, strahlte wie ein heller Stern in der allgemeinen Nacht, das Walten des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preußen. In durchaus tüchtigem Streben, in einer noch lange nicht genug anerkannten, auf das Wahrhaftige, den Kern der Dinge, gerichteten Weise sammelte dieser Mann das geistige und physische Material in seinem Volk, mit dem es seinem Sohne, dem großen Friedrich II., möglich wurde, die europäische Großmacht Preußen zu schaffen. Diese Schöpfung Friedrichs ist von unendlicher Bedeutung für Deutschland. Ein Kern, ein Gegenstand war da für das neu erwachende deutsche Nationalgefühl, den dieses nicht säumte sich anzueignen: das Gedächtniß des alten Fritz und seiner Thaten machte die Deutschen tüchtig, spätere Krisen zu bestehen. Dem evangelischen Geist war durch Preußen ein mächtiger Hort gewonnen. Die in seinem Gefolge aufblühende deutsche Wissenschaft fand in Preußen die rechte Heimath, den rechten Boden für ihren Eintritt in's Leben. Die Namen Kant, Fichte und Hegel sind für die Zukunft eng mit Preußens Geschichte verknüpft. Die Anwendung

der Wissenschaft auf das Staatsleben erweckte in Preußen zuerst in Deutschland jenen ächt demokratischen Geist der Selbstregierung, der, geleitet von dem genialen Freiherrn v. Stein, Preußen und mit ihm ganz Deutschland von der französischen Herrschaft befreiete. Preußen ist, wie kein anderer Staat, auf diesen Geist der Selbstregierung und der Mitarbeit des Volks zur Erreichung des Staatszwecks und zur Behauptung seiner Stellung angewiesen, so daß es mit vollem Recht, — wenngleich von fürstlicher Machtvollkommenheit großgezogen und noch heute im Kampfe mit absolutistischen Neigungen seiner Regierung — als die Schule des deutschen Volkes zur ächten Freiheit und Selbstregierung zu betrachten ist." Wir sehen hiernach in Preußen einen Staat, dessen inneres, auf das Wahre und Tüchtige gerichtete, Wesen ihm, in Hinblick auf seine Macht und Größe, für die Entwickelung des deutschen Vaterlandes eine sehr große, ja entscheidende Bedeutung zuweist.

Preußens Wirken indirect und direct.

Das Wirken Preußens in Deutschland ist, seinem Wesen entsprechend, als ein durchaus segensreiches zu bezeichnen. In indirecter wie directer Weise. — Indirect ist Preußen durch seine ausgezeichnete Staatsverwaltung, die aus den vorzüglichen volkswirthschaftlichen Resultaten, aus der Blüthe und dem Wohlstand aller seiner Provinzen zu erkennen ist*), das Muster geworden für das übrige Deutschland. Preußens Gedeihen ist gleichsam der Impuls gewesen für andere deutsche Staaten, seine Institutionen nachzuahmen. So ist Preußen indirect die Ursache der heutigen Blüthe des Gesammtvaterlandes und seines Ansehens im Auslande in volkswirthschaftlicher Hinsicht. — Das directe Wirken Preußens für deutsche Interessen ist sehr groß gewesen. Zuerst muß bemerkt werden, daß das Interesse Preußens und daher auch seine Politik durchaus deutsch sein muß. Handelt Preußen

---

*) Es giebt wohl keinen zweiten Staat in der Welt, der, im Verhältniß zu seinem natürlichen Reichthum, solche volkswirthschaftliche Blüthe zeigte.

undeutsch, so schadet es sich selbst. Das Wort Friedrich Wilhelms III. ist vollständig wahr: „was Preußen erwirbt, ist Deutschland gewonnen.“ Das Gedeihen Preußens ist zugleich das Wohl Deutschlands. Darin ist es grundverschieden, zu seinem Vortheil, von Oesterreich, das unendlich viele andere Interessen hat als deutsche. Die österreichische Politik hat nur den Zweck, sich Deutschlands als einer Stütze für ihre Zwecke zu versichern. Kurz gesagt: Oesterreich ist für Deutschland eine Last, Preußen aber für Deutschland eine Kraft. — Durch Preußen sind deutschem Geist und deutscher Cultur im Osten: Westpreußen und Posen gewonnen. An diesen beiden Ländern zeigt sich so recht die preußische Kraft der Germanisirung. Ein Chaos waren sie vor der preußischen Besitznahme, heute sind sie ebenbürtige Theile des übrigen Staats. Was ist im Vergleich mit ihnen das östreichische Gallizien, das denselben Ursprung hat? — Derselbe Fürst, der Westpreußen der deutschen Cultur gewann, Friedrich der Große, hat im Süden unseres Vaterlandes einen wichtigen Theil Deutschlands, Bayern, vor der Incorporation in Oesterreich bewahrt. Zwei Mal hat Preußen, durch den bayerischen Erbfolgekrieg 1779 und durch den Fürstenbund 1785, Oesterreich verhindert, ein reiches deutsches Land in die Irrgänge der Habsburgischen Hauspolitik zu verstricken. Bayern wäre durch österreichische Herrschaft sicher nicht glücklich geworden. Heute freilich scheint es, als ob man an der Isar nicht gern daran erinnert würde, daß man seine politische Existenz sehr wesentlich der norddeutschen Großmacht zu verdanken hat. — Das Wirken Preußens in der großen deutschen Erhebung von 1813 und den Befreiungskriegen von 1813—15 besonders hervorheben zu wollen, hieße wohl Eulen nach Athen tragen. Ohne Preußen und den Geist seines Volkes und Heeres wäre sicher Europa nicht von Napoleon

---

*) Siehe hierüber weiter das Schlußwort.

und seiner Zwingherrschaft befreit worden. Es steht heute fest, daß ohne die treibende Energie Preußens der Erfolg kein vollständiger gewesen wäre. Auf allen Schlachtfeldern gab Preußen die Entscheidung, leider nicht auch nachher im Cabinet auf dem Wiener Congreß; das Geschick Deutschlands wäre ein besseres geworden.

Die Schöpfung des deutschen Zollvereins ist als eine herrliche deutsche That Preußens anzuerkennen. Durch denselben ist dem neuen Deutschland von 1815 ein wirklich greifbares, materielles, gemeinsames Interesse geschaffen, was vorher durchaus nicht vorhanden war. Ein wohlthätiges Band umschlingt im Zollverein fast das gesammte Deutschland außer Oesterreich; es hat im deutschen Volk zuerst die Ueberzeugung geweckt von dem segensreichen Wirken deutscher Einigkeit. Durch die Anhänglichkeit des Volkes an den Zollverein ist der Neigung mancher deutschen Regierung zum Anschluß an das Ausland weit kräftiger gewehrt, als durch das s. g. Centralorgan des deutschen Bundes. So ist der durch Preußen geschaffene Zollverein der Hauptwecker für das seit 1848 so mächtig erwachte deutsche Nationalgefühl geworden, besonders wichtig dadurch, daß er dem idealen Drange nach Einheit den practischen Beweis des materiellen Gedeihens eines einigen Deutschlands lieferte. — Das Wirken Preußens ist also, ganz entsprechend seinem Wesen, ein durchaus tüchtiges, dem deutschen Vaterlande in jeder Hinsicht förderliches gewesen.

Stellung Preußens in Deutschland.

Bedingt und abhängig gemacht wird die Wirksamkeit des preußischen Staates durch die Stellung, die er in Deutschland einnimmt. Und hier muß man sagen, daß die politische Constitution die unserm Vaterlande durch den Wiener Congreß 1815 zu Theil geworden ist, der vollen Entfaltung der Wirksamkeit Preußens zum Nutzen Deutschlands hinderlich ist. Wir nennen den Wiener Congreß, denn es ist unverkennbar, daß der Einfluß des auf demselben versammelten Auslandes, der

Einfluß der Feinde Deutschlands, bestimmend gewesen ist für die Gestaltung unseres Vaterlandes wie sie im deutschen Bunde zu Stande kam.

Die Unfähigkeit des deutschen Bundes zur politischen Action ist so offenbar, daß man kein Wort darüber zu verlieren braucht. Das Bedürfniß einer Reform der deutschen Verhältnisse ist so unbedingt anerkannt von der Nation, daß seit langer Zeit eine solche der Gegenstand ihres, freilich oft unklaren, Strebens ist. Es hat bis jetzt dem deutschen Volke nicht gelingen wollen, sich die bestimmten Umrisse vom Bilde des zukünftigen Deutschlands zu fixiren. Vielleicht liegt der Grund dieser Unklarheit nur darin, daß man sich über den eigentlichen Kernpunct der Unfähigkeit des deutschen Bundes keine Rechenschaft zu geben weiß.— Dieser Kernpunct, wodurch ganz Deutschland in seiner politischen Wirksamkeit gelähmt wird, liegt hauptsächlich in der unnatürlichen Stellung, die die Verfassung des deutschen Bundes der Großmacht Preußen anweist. Nur die Schwäche der Staatslenker Preußens von 1815 konnte sich eine Stellung gefallen lassen, die Preußen eine unendlich lange Grenze seines Länderbesitzes gab, ihm die Wacht am Rhein aufbürdete, und ihm, dessen Ausdehnung fast das halbe Deutschland ohne Oesterreich ausmacht, dessen Macht aber die des übrigen Deutschland durch seine innere Organisation weit übertrifft, die übrigen Mittel- und Kleinstaaten zu gleichberechtigten Genossen im deutschen Bunde gab. Fürwahr, man muß sagen, daß diese Bundesverfassung „fein ausgesonnen" war: — von Oesterreich, um seinen Rivalen möglichst matt zu setzen in Deutschland und ihn wo möglich mit den Mittelstaaten in Zwiespalt zu bringen, um sich dieselben in die Arme zu treiben, — vom Auslande, um zu verhindern, daß das damals durch seine Action in den Befreiungskriegen mächtige und beliebte Preußen sich in Deutschland ausbreite und so eine Macht schaffe im Herzen Europas, der, bei der Bildung des

Krankheit Deutschlands.

deutschen Volks, nothwendig der höchste Einfluß in Europa hätte zufallen müssen.*) Man muß gestehen, daß diese Absichten, die gewiß vorhanden waren bei der Gründung des deutschen Bundes, vortrefflich erreicht sind, zum Schaden Preußens und des deutschen Volkes. Nur die große Gewissenhaftigkeit und Loyalität der Könige Friedrich Wilhelm III. und IV., so wie die Friedensjahre bis 1848, konnten Conflicte mit den übrigen Bundesgliedern verhüten. Ein Gegensatz Preußens zu den Mittelstaaten aber mußte sich nothwendig bilden, sowie in unruhigen Zeiten die gefahrenbedrohte Lage des Bundes Preußen recht deutlich das Mißverhältniß zwischen seinen Rechten und Pflichten in Deutschland erkennen ließ. Eine Vertheidigung des deutschen Bundesgebiets ist zwar theoretisch durch die genau bestimmte Stärke der einzelnen Bundescontingente angeordnet, aber in Wirklichkeit wird bei einem großen deutschen Kriege mit dem Auslande die Hauptlast Preußen mit seiner einheitlich organisirten Armee zufallen. Die Vereinigung der einzelnen Contingente der Mittel- und Kleinstaaten zu einer großen Armee wird bei der vollständigen Souverainetät der Kriegsherren diese Contingente — die stets in eifersüchtiger Weise gewahrt wird — bei der oftmals ganz verschiedenen Organisation und Bewaffnung dieser Truppentheile, sehr mißlich sein. Wenigstens wird man sich von der Action eines so verschiedenartig componirten Heeres nicht die glänzendsten Erfolge versprechen können, wenn man auch in wohlmeinender Weise die heutige Bundesarmee der Mittel- und Kleinstaaten nicht mit der weiland „deutschen Reichsarmee" vergleichen will Jedenfalls aber muß zugegeben werden, daß Preußen bei seinen Maßnahmen für die Vertheidigung des

*) Wem die Schilderung übertrieben scheinen sollte, der möge die besten historischen Werke, wie z. B. „Pertz, das Leben Steins. 4. Band" oder „Ludw. Häußer, deutsche Gesch. v. Tode Friedr. d. Gr. bis zur Gründung des deutschen Bundes. 4. Band," nachsehen. —

Bundesgebiets — die ihm als Pflicht obliegt, die aber nöthig werden kann, ohne daß Preußen an der Veranlassung betheiligt ist (z. B. 1859 beim italienischen Kriege) — hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist. So ist das Bundesverhältniß, wenigstens in politisch erregten Zeiten, thatsächlich für Preußen eine ungleich größere Last als für irgend ein anderes Bundesglied. Für jeden der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, für Hannover, Sachsen und selbst für Bayern ist das Bundesverhältniß ein Schutz, ja eine nothwendige Bedingung seiner Existenz. Für Preußen ist das durchaus nicht der Fall, es muß und kann auf eigenen Füßen stehen; in seinem Volke lebt die Erinnerung an den siebenjährigen Krieg, wo es sich gegen drei Großmächte und „das Reich" siegreich behauptete. Solche Erwägungen zeigeu, wie für Preußen, mehr wie für jeden anderen deutschen Staat, die größte Loyalität, ein unendlich guter Wille, eine gewisse Uneigennützigkeit, ja Selbstverleugnung erforderlich ist zur Erfüllung seiner Bundespflichten. — Dies nicht vorhandene Gleichgewicht zwischen Leistung und Gegenleistung in der Stellung Preußens, als des wichtigsten deutschen Staates, in seinem Verhältnisse zum Bunde, ist unserer Ueberzeugung nach das Hauptübel, woran die politische Constitution unseres deutschen Vaterlandes krankt. Gesundheit kann nur eintreten, wenn dieser Anomalie, die die Kräfte Deutschlands gefesselt hält, abgeholfen wird. —

Mögliche Heilung durch die Hegemonie Preußens.

Ganz natürlich ist aus dieser Stellung Preußens, die ihm große Pflichten ohne entsprechende Rechte zuweist, die Tendenz der preußischen Regierung entstanden, die Machtsphäre ihres Staates zu erweitern durch die Beschränkung der vollen Souverainetät der Mittel- und Kleinstaaten zu Gunsten Preußens. Das Streben Preußens muß nothwendig, seinem ganzen Wesen zufolge, darauf gerichtet sein, sich die Verfügung über die Machtmittel des übrigen Deutschlands gesetzlich zu sichern und so die

Hegemonie in Deutschland zu gewinnen. Zuverlässig kann es kein besseres Mittel geben zur Bekämpfung des Geistes eines engherzigen Particularismus, wie er leider in vielen deutschen Stämmen lebt, als die Schöpfung von möglichst vielen gemeinsamen Instituten auf militairischem, diplomatischem, juristischem und anderm Gebiete, ähnlich wie der Zollverein auf handelspolitischem Gebiete. Solche Institute unter der bewährten Leitung Preußens, würden die Deutschland innewohnende Kraft aus dem gebundenen in den frei wirkenden Zustand überführen, ein gemeinsames Interesse und einen auf reeller Basis ruhenden gemeinsamen Patriotismus erzeugen, der die beste Brücke bilden würde zur endlichen staatlichen Einigung. Andere Einheitsbestrebungen ohne die gebührende Berücksichtigung der preußischen Machtstellung, ohne die Benutzung des preußischen Organismus als Kern und bildende Kraft eines neuen Deutschlands, werden sich als utopistische Schwärmereien, als todtgeborene Projecte erweisen. —

Verhalten Deutschlands zu Preußen und seine Folgen.

Daß die deutschen Fürstenhäuser und ihr nächster Anhang einem solchen Streben Preußens, die allgemeinen deutschen Angelegenheiten in seine Hand zu nehmen, nicht günstig gestimmt sind, kann nicht verwundern, daß man aber auch im deutschen Volk so viel Feindschaft gegen die preußische Hegemonie findet, muß billig befremden. Vielleicht sind es die Mittel, die Preußen neuerdings für die Erreichung seiner Zwecke anwendet, welche zu gewaltsam erscheinen und eine Abneigung nicht nur gegen die derzeitige preußische Regierung, sondern gegen Preußen selbst hervorrufen. Gleichwohl hat das deutsche Volk, so erscheint es uns, einen wesentlich bestimmenden Einfluß auf die Wahl der Mittel, welche Preußen zur Ausbreitung seiner Machtsphäre anwendet. Die neue Aera in Preußen, das Ministerium Auerswald, Schwerin wollte „moralische Eroberungen“ in Deutschland machen. Es gelang ziemlich schlecht, wenigstens kam es bei der von den

Dynastien trefflich gepflegten particularistischen Gesinnung in vielen Theilen Deutschlands, besonders in Süddeutschland, zu keiner wirklichen That in der Richtung der deutschen Einheit. Das Ministerium besaß auch wohl zu wenig Energie, um eine kräftige Initiative zu ergreifen, der das deutsche Volk hätte entgegenkommen können. Eine klarere Erkenntniß der Aufgabe Preußens in den eigentlichen Volkskreisen und demgemäße Hinneigung zu ihm, würde aber, als ein thatsächlicher äußerer Erfolg der liberalen Politik der neuen Aera, wahrscheinlich die Berufung des Herrn von Bismarck verhindert haben. Vielleicht hauptsächlich nur einer Verstimmung des Königs über die schlechten Resultate des liberalen Regiments, ist dies Zurückkehren zu den altbrandenburgischen Junkermaximen zuzuschreiben. Das Mißachten der verfassungsmäßigen Freiheit im Innern, ihr offenbares Hinneigen zum Absolutismus, haben begreiflicherweise der heutigen preußischen Regierung die Sympathie des deutschen Volkes entzogen, leider aber auch den Feinden Preußens und seiner Aufgabe in Deutschland die, vielleicht erwünschte, Gelegenheit geboten, ihren Haß gegen alles Preußische in größere Kreise zu tragen und so den Particularismus der einzelnen deutschen Stämme zu stärken. Die Träger der mittelstaatlichen Politik, die Staatsmänner Sachsens und Bayerns, vor einigen Jahren die Zielscheiben des nationalen Witzes und Spottes, kommen jetzt in die Lage als deutsche Patrioten betrachtet zu werden.

Die Aufgabe Preußens, zu seiner und Deutschlands Stärkung, seine Macht auszubreiten, ist so sehr mit seinem ganzen Wesen verbunden, daß selbst ein reactionaires Ministerium sich ihr nicht entziehen kann. Der Beweis ist die Action gegen Dänemark und das Auftreten Preußens in Schleswig-Holstein, sowie besonders die preußischen Forderungen an die Herzogthümer vom

Februar 1865, welche im Wesentlichen mit dem Programm des deutschen Nationalvereins für ganz Deutschland übereinstimmen.

Die heutige Stellung Preußens ist prononcirt und drohend gegen die seinen Forderungen Widerstrebenden. Die Krisis ist eingetreten in der chronischen Krankheit des deutschen Bundes, welche ihm durch die Constitution von 1815 und die unglückliche Stellung Preußens in derselben, aufgeladen ist. Der häßlichste aller Kämpfe, der Bruderkrieg ist heraufbeschworen. Möchte man im übrigen Deutschland, außer Oesterreich, bedenken, was man Preußen verdankt, und besonders, daß Preußens Niederlage gleichbedeutend mit Deutschlands Niederlage ist.*)

Die Hoffnung auf eine friedliche Anbahnung der Zukunft Deutschlands ist verschwunden — wenn man bedenkt, wie fast niemals etwas wahrhaft Gutes im Leben der Völker sich ohne die heftigsten Kämpfe Bahn gebrochen hat, konnte diese Hoffnung seit lange kaum mehr gehegt werden. Dafür steht uns aber die Hoffnung fest, daß Preußen, wie es Deutschland gerettet hat vor dem politischen Tode durch sein eigenes Emporkommen als tüchtiger deutscher Staat, wie es uns von der Fremdherrschaft im Anfang dieses Jahrhunderts befreit, so auch die schöne, wenngleich schwere Aufgabe erfüllen wird, den innern Feind des Vaterlandes, den selbstsüchtigen Particularismus zu besiegen, und Deutschland eine wirkliche politische Existenz zu verschaffen.

---

*) Schon im August v. J. unmittelbar vor der Convention von Gastein, schrieben wir Aehnliches nieder. Die drohende Krisis wurde damals mühsam beschworen. Die Dinge waren nicht reif. Der volle Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich mußte erst wieder offenbar werden, um uns Deutsche zur Beantwortung der Frage zu drängeu: Was ist uns Preußen?

II.

Die heutige Stimmung in Schleswig-Holstein — ihre Motive — Die Verderblichkeit ihres Ziels.*)

Haß gegen Preußen und seine ostensibeln Motive.

Die Stimmung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist dem Verlangen Preußens nach einem gesetzmäßigen Einfluß auf die Angelegenheiten des Landes diametral entgegengesetzt. Nachdem man in früheren Stadien der Frage bereit schien, zum eignen Nutzen mit Preußen in eine gewisse Verbindung zu treten, hat man sich jetzt in einen vollständigen Haß gegen Preußen hineingeredet, der dasselbe als den Feind des Landes bezeichnet und am liebsten gar nichts mit ihm zu thun haben möchte, keinenfalls aber etwas von seinen Forderungen erfüllen will. Man will ein selbstständiges, souveraines Bundesglied werden, wohin man mit allen Mitteln in den Vereinen und der Presse strebt.

Zur Motivirung des Hasses beschuldigt man Preußen, in Bezug auf die Herzogthümer eine *perfide Politik* verfolgt zu haben mit selbstsüchtigen Zwecken, um die reichen Länder für sich auszubeuten.

Die preußischen Forderungen — vom Februar 1865 — namentlich aber die Verschmelzung der Armee mit der preußischen, weist man zurück, weil sie das Recht verletze, sowohl *des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg* auf den Herzogsthron von Schleswig-Holstein, wie auch *des Landes selbst* auf staatliche Selbstständigkeit. — Sehen wir all Diesem etwas näher ins Gesicht! —

---

*) Dieser Abschnitt II. ist schon, successive, am Ende des vorigen Jahres entstanden, aber heute noch, zur historischen Begründung unsres Standpunkts besonders, durchaus am Platze. Wir machen einige zeitgemäße Anmerkungen.

Grundgedanken der Politik Preußens in Bezug auf Schleswig-Holstein.

Die preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Sache zerfällt in zwei Abschnitte, den in den Jahren 1848—52 und den vom 15. November 1863 bis heute. So verschieden in der Art und Weise das Auftreten Preußens in diesen beiden Perioden auch sein mag, immer wird man als leitenden Grundgedanken das Streben finden: „die verfassungsmäßige Autonomie der Herzogthümer im dänischen Staat, so wie ihre deutsche Nationalität zu schützen, aber die Bildung eines neuen deutschen, souverainen, ihm feindlichen Einzelstaats zu verhindern, vielmehr die künftige politische Existenz der Herzogthümer nach der Trennung von Dänemark von sich abhängig zu machen, und wo möglich an den Küsten der Herzogthümer geeignete Plätze für maritime Zwecke in Besitz zu erlangen.“ Die Beachtung dieses Grundgedankens wird Manches sonst vielleicht Dunkele in dem Verfahren Preußens erklärlich machen. Mag dieses Streben der preußischen Politik in Bezug auf Schleswig-Holstein verdammen wer will, wir können in dem Ziel desselben nur ein deutsches Interesse erblicken und den Wunsch hegen, daß es mit Erfolg gekrönt werde.

Kurzer Rückblick auf den geschichtlichen Verlauf.

Es ist vielleicht von Nutzen, sich die Grundzüge der schleswig-holsteinischen Verwickelung seit 1848 und die Stellung Preußens zu derselben ganz kurz in möglichst objectiver Weise ins Gedächtniß zurückzurufen.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein, — seit 1460 mit Dänemark durch denselben Herrscher verbunden, wobei von 1544 bis 1773 (Verzicht des Großfürsten Paul von Rußland) den Häuptern der Gottorp'schen Nebenlinie des dänischen Königshauses, als Herzögen von Schleswig-Holstein eine gesetzliche Mitregierung zustand, so daß während der zweihundert Jahre immer zwei Herrscher des Landes zugleich vorhanden waren — die Herzogthümer wurden, auch nach dem Aufhören der Gottorp'schen Mitregierung, von ihren königlichen Herzogen in patriarchalisch ab-

solutistischer Weise, wenn auch nicht immer mit ausgesprochener Bevorzugung vor den andern Landestheilen, so doch immer mit Gerechtigkeit und Milde regiert. Es bestand ein gutes Verhältniß zwischen Volk und Regierung. Dies gute Verhältniß bestand bis 1846, wo es durch den von dänischen Partheiagitationen hervorgerufenen „offenen Brief" Christian VIII., der eine nähere Verbindung Schleswigs mit dem Königreich anzubahnen versuchte, zerstört wurde. Das in Aussicht stehende Aussterben des Mannsstammes der regierenden königlichen Linie von Dänemark, da der damalige Kronprinz, nachmalige König Friedrich VII. ohne Leibeserben war, bewirkte Beides: das Streben des dänischen Volkes, die Herzogthümer, oder wenigstens Schleswig, auch in fernerer Zukunft mit Dänemark zu einem Staate verbunden zu sehen, in Schleswig und Holstein aber das lebhafte Gefühl der Zusammengehörigkeit und der deutschen Nationalität. Patrioten, wie Uwe Jens Lornsen, hatten schon seit längerer Zeit für rechtliche Autonomie der Herzogthümer im dänischen Staat gestrebt, ja, die Trennung von Dänemark bei Aussterben des Mannsstammes ins Auge gefaßt, erst der „offene Brief" Christians VIII. brachte das ganze Volk zum Bewußtsein seiner Lage und vielleicht bevorstehender Kämpfe. Das „Up ewig ungedeelt" der beiden Herzogthümer reifte den Entschluß in den Herzen und Gemüthern zum zähen Widerstande gegen dänische Uebergriffe; das Gefühl, in Deutschland die rechte Heimath zu haben, ließ die Bitte um Hülfe an das große Gesammtvaterland erschallen, die vom Volk mit Enthusiasmus zusagend beantwortet wurde, und auch beim Bundestag nicht ungehört verhallte.

Es kam das Jahr 1848 und mit ihm der Völkersturm. Erhebung von 1848. Die Seelen der Völker wurden bis auf den tiefsten Grund bewegt, lang genährte Wünsche rangen nach Erfüllung und versuchten gewaltsam die ihnen entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Freiheit! war die Losung des Tages, aber nicht überall

fand sich die nöthige Kraft der Selbstbeschränkung zum Gebrauch der wahren Freiheit. — Das dänische Volk drängte seine Regierung zur Incorporation des Herzogthums Schleswig in das Königreich. Dieser Gewaltstreich war die alleinige Ursache der Erhebung der Herzogthümer am 24. März. Ganz Deutschland jubelte über die entschlossene That Schleswig-Holsteins, man freute sich der deutschen Gesinnung der Bevölkerung. — Die Möglichkeit der Constituirung eines neuen deutschen Kleinstaats, der Gründung einer neuen Dynastie war es nicht, was im Frühling 1848 das deutsche Volk begeisterte für die schleswig-holsteinische Sache, was die Blüthe der deutschen Jugend in den Freischaaren in Kampf und Tod trieb. Das möchte man heute bedenken. Das deutsche Volk rang in jenen Tagen, freilich in dunkler, unklarer Weise, nach einheitlicher Gestaltung des Vaterlandes. Ein mächtiges deutsches Reich schwebte der Nation vor, und die Herzogthümer als natürliche und nothwendige Glieder desselben. Zur Feststellung dieser deutschen Eigenschaft der Herzogthümer ging Deutschland 1848 in den Kampf gegen Dänemark, nicht für ein souveraines Schleswig-Holstein, wie es heut im Lande, im Widerstande gegen Preußens Forderungen, erstrebt wird. —

Führung Preußens 1848—49.

Preußen war 1848 der Führer des deutschen Krieges gegen Dänemark. Die preußische Kriegsführung in den Herzogthümern und Jütland in den Jahren 1848 und 49 ist sehr schwarz beurtheilt worden. Es ist geradezu von bösem Willen Preußens, ja von Verrath gesprochen. Man sollte vorsichtig sein, gegen irgend Jemand so vernichtende Anklagen auszusprechen wenn man nicht den bündigsten Beweis führen kann. — Man muß eingestehen, die preußischen Feldzüge in jenen Jahren sind nicht die glänzendsten Thaten des preußischen Staats gewesen. Auch ist es gewiß, daß die, Anfangs jedenfalls vorhandene, Begeisterung für die Sache der Herzogthümer am berliner Hofe

durch die bald hervortretenden demokratischen Tendenzen in Schleswig-Holstein stark vermindert worden ist. Der von November 1848 an in Berlin herrschenden reactionairen Camarilla mochte gewiß die schleswig-holsteinische Bewegung im höchsten Grade unbequem sein, trotzdem hat der ehrenhafte Charakter des Königs Friedrich Wilhelm IV. einen Verrath der Interessen der Herzogthümer zu verhindern gewußt. Schon der Gedanke an die Möglichkeit solcher Handlungsweise zeugt von einer gänzlichen Verkennung dieses edlen Monarchen, über den die Nachwelt gerechter und wahrhaftiger urtheilen wird, als die leidenschaftlich erregten Zeitgenossen. —

Rechtfertigung Preußens durch genaue Beachtung seiner und Schleswig-Holsteins Absichten.

Der Berliner Friede und die folgenden Verhandlungen zwischen Preußen und Dänemark, überlieferten die Herzogthümer durchaus nicht auf Gnade und Ungnade an Dänemark, wie es leider gang und gebe geworden ist, zu behaupten. Auch hier hat die spätere objective Geschichtsbetrachtung zu berichtigen. Man erwäge: die Ursache der Erhebung von 1848, die Incorporation Schleswigs, ward durch stricte Punctationen mit Dänemark beseitigt, also eigentlich, ruhig betrachtet, der ganze Zweck des Krieges erreicht. Dies sollte Jeder bedenken, ehe er in jene Anklage auf „Verrath“ einstimmt. Denn das Streben nach vollständiger staatlicher Trennung von Dänemark, die Losung: „Los von Dänemark“, hatte durchaus nicht zu den anfänglichen Intentionen des Aufstandes gehört. Erst im Verlauf des Krieges war der lebhafte Wunsch nach einem solchen Arrangement in den Herzogthümern wie in Deutschland überhaupt entstanden, so daß der Berliner Friede und die ihm folgenden Abmachungen nothwendig wie Enttäuschungen wirken mußten und bittere Gefühle hervorrufen konnten. Aber die Trennung von Dänemark war in der That hoffnungslos, so lange der dänische König Friedrich VII. lebte. Das hätte man sich in Schleswig-Holstein sagen sollen; ein europäischer Krieg, falls Preußen so etwas hätte durch-

setzen wollen, wäre wohl die unausbleibliche Folge gewesen. Aber es hat auch gewiß nie in der Absicht Preußens gelegen, die Herzogthümer von Dänemark zu trennen und zu einem selbstständigen Staate zu machen. Das wäre, wie oben angedeutet, gegen die ersten Grundsätze der preußischen Politik überhaupt gewesen. Preußens Action in den Jahren 1848—49 ging vielmehr im Wesentlichen auf den Zweck hin: „die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer im dänischen Staate, sowie ihre deutsche Nationalität zu sichern.“ Dieser Zweck ist aber in den Stipulationen von 1851 erreicht und Preußen kann kein Vorwurf der Vernachlässigung der deutschen Interessen in Schleswig-Holstein treffen. Daß Dänemark die eingegangenen Verpflichtungen in den Jahren 1852—63 so schlecht erfüllt hat, ist jedenfalls nicht Preußens Schuld.

In Schleswig-Holstein aber war das Vertrauen in die Handlungsweise Preußens gesunken — wahrscheinlich, weil es den von der Bevölkerung genährten Wünschen nach gänzlicher Trennung von Dänemark sich nicht günstig zeigte — so daß die Herzogthümer nach Preußens Rücktritt nicht versuchten, ihren Frieden mit Dänemark zu machen, sondern mit ihrer Armee auch 1850 im Felde blieben, in der Hoffnung, sich die Unabhängigkeit zu erstreiten. Die schleswig-holsteinische Armee, deren Geschichte so ehrenvoll wie nur die irgend einer Waffenmacht, war unter Preußens Leitung vortrefflich organisirt, um an dem Kampf für die bedrohten Rechte der Herzogthümer theilzunehmen. Auch für die Losung „Los von Dänemark“ schlug sich im Jahre 1850 die schleswig-holsteinische Armee mit Heldenmuth, aber unglücklich. Der Entschluß, auf eigne Kraft, ohne fremde Hülfe, sich verlassend, den Kampf fortzusetzen, war kühn und ehrenvoll, aber er ist doch zu beklagen, weil von vorn herein keine Aussicht auf Erfolg war. Die Reaction herrschte auf dem Festland von Europa. So kam es, daß der Kampf in Schleswig-Holstein als

„Rebellion" angesehen wurde. Der wieder hergestellte Bundestag beschloß die Bundes-Execution und Oesterreich übernahm die „Pacificirung" des Landes, die mit der Entwaffnung der braven Armee begann. Dies ist die traurigste Periode in der Geschichte Schleswig-Holsteins. Sie hätte abgewandt werden können, wenn man in den Herzogthümern, statt den Feldzug von 1850 zu unternehmen, seine Wünsche nach der Trennung von Dänemark für die Lebenszeit Friedrich VII. vertagt und Preußen die Vermittelung mit Dänemark übertragen hätte. Vielleicht hätte das Land dann weit bessere Bedingungen erlangt als die Abmachungen von 1851 darboten. — Die Quelle alles Uebels, das die Herzogthümer in jenen Jahren und bis 1863 betroffen, ist überhaupt lediglich in dem voreiligen Streben nach gänzlicher Selbstständigkeit und Trennung vom dänischen Staate zu suchen. Entstehen konnte die Parole: „Los von Dänemark" in dem politisch erregten Jahr 1848 sehr leicht, aber die Leiter der Bewegung in den Herzogthümern, die provisorische Regierung und die Statthalterschaft hätten mehr staatsmännisches Urtheil besitzen sollen, als daß sie durch ihre Maßnahmen derartige Bestrebungen officiell machten, von denen sie wußten, daß die Hauptstütze für ihre rechtlichen Forderungen — die Zusammengehörigkeit der Herzogthümer unter Friedrich VII. — Preußen weit entfernt war und sein mußte, denselben zur Realisirung zu verhelfen. — So entwickelte sich 1848 — 50 in dem falsch geleiteten, der Verwirklichung eines politischen Traumes nachjagendem Volke der Herzogthümer der Haß gegen Preußen. Man beschuldigte dasselbe des „Verraths", weil es, ruhiger die Sachlage betrachtend als die erregten Schleswig-Holsteiner, wohl für die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogthümer eintreten wollte, aber nicht die Hand bieten konnte zu einer Trennung von Dänemark bei Lebzeiten Friedrich VII.

Londoner Vertrag.

Es folgte im Jahre 1852 die Abschließung des „Londoner Vertrags", durch russischen Einfluß zu Stande gebracht. Der, dem Kaiser Nikolaus genehme Prinz Christian von Glücksburg, ward zum erblichen Nachfolger des Königs von Dänemark erklärt für alle demselben bis dahin untergebenen Landestheile. Als Grund dieser willkürlichen Stipulation ward das nothwendige Interesse angegeben, das Europa an der Integrität des dänischen Gesammtstaates habe. Alle europäischen Großmächte und Schweden verpflichteten sich, die so geordnete Thronfolge anzuerkennen. Eine eigentliche Garantie fand von keiner Seite Statt. Die Zustimmung der zunächst Betheiligten, der Stände der Herzogthümer, ward nicht verlangt und nicht gegeben. Auch der deutsche Bund ward stillschweigend übergangen. Der nächste Agnat in den Herzogthümern, der Herzog Christian von Augustenburg, verzichtete unbegreiflicherweise auf seine Successionsrechte. Seine Güter in den Herzogthümern wurden eingezogen gegen Auszahlung einer Entschädigung und er selbst mit seiner Familie des Landes verwiesen.

Man muß gestehen, daß dieser Londoner Vertrag ein Machwerk von bedenklicher Willkür der neueren Diplomatie ist, hervorgerufen durch den allmächtigen Einfluß des russischen Czaren in jener Zeit. Ein trauriges Denkmal vom Servilismus, vom geringen Rechtsgefühl und vom mangelnden Verständniß der Volksinteressen in der europäischen Diplomatie jener Jahre. — Die Zustimmung Preußens zu diesem monströsen Vertrag ist als ein Act der Schwäche in der preußischen Geschichte zu verzeichnen, der dazu beitrug, die Stimmung in den Herzogthümern noch ungünstiger für Preußen zu machen und so seinem berechtigten Streben nach politischem Einfluß in Schleswig-Holstein neue Hindernisse bereitete. Aber das damalige Preußen lag in den Banden einer mattherzigen Reaction, der Czar und sein Wille waren das Idol der Regierung und so unterzeichnete der König Friedrich

Wilhelm IV., freilich nach längerem Zögern, den Vertrag. Preußen war damals, unter Manteuffel'schem Regime, seiner Aufgabe, Deutschlands Schutz und Hort zu sein, untreu geworden. Fühlte aber Preußen damals nicht die Kraft und den Willen in sich, für seine und Deutschlands Größe, wenn es sein mußte, den Kampf mit ganz Europa einzugehen, so war es am Ende noch besser, den Vertrag zu unterzeichnen, als ganz neutral zu bleiben. So blieb ihm wenigstens das Recht, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bei sich ergebenden Schwierigkeiten das deutsche Interesse wahrzunehmen. —

Bei ruhiger, objectiver Betrachtung des Geschehenen und der Absichten aller Betheiligten in den Jahren 1848—52 kann man also Preußen, besonders wegen der Theilnahme am Londoner Vertrag, wohl der Schwäche zeihen, die Anklage auf „Verrath" kann aber nicht laut werden. Diese Anklage wurzelt vielmehr in einer subjectiven Ansicht, die in das leidenschaftliche Verlangen „Los von Dänemark" einstimmt, welches zu befriedigen Preußen in jenen Jahren nie die Absicht hatte und haben konnte.

Ausbildung des schleswig-holsteinischen Particularismus

In Folge des unglücklichen Endes jener Ereignisse in Schleswig-Holstein bildete sich im Volk der Herzogthümer ein specifisch schleswig-holsteinisches Nationalgefühl aus. Bestärkt ward dies durch das deutsche Mitgefühl, welches im ganzen Vaterlande aller Orten in Wort und Schrift, in Vereinen und bei Festen die Noth Schleswig-Holsteins unter Dänemark zu einem Gegenstand seiner, freilich oft sentimentalen, Rührung zu einer Stärkung des Patriotismus verwendete, der sich leider als fast ganz unthätig, so zu sagen theoretisch, erwies. Schleswig-Holstein wurde das Lieblingskind dieses deutschen Patriotismus. Die Benennung „verlassener Bruderstamm" kam auf, ohne das andere als eben theoretische Veranstaltungen getroffen wurden, den Verlassenen zu helfen. Die Reaction und die unendliche Zerrissenheit Deutschlands verhinderten die Nation, einen nachhaltigen

Druck auf den Bundestag und die Vormacht Preußen auszuüben, um die stricte Erfüllung der Abmachungen von 1851 von Dänemark zu erzwingen. In den Herzogthümern bemächtigte sich des Volks ein maßloses Gefühl des ihm widerfahrenen Unrechts. Aus dem Haß gegen Dänemark, dem Mißtrauen in die deutsche und preußische Hülfe entstand die Wurzel des Particularismus, der großgezogen uns heute in den Vereinen und der Presse Schleswig-Holsteins entgegentritt.

Dänemarks Regiment 1852—63 und seine Folgen.

In den Jahren 1852—63 that nun Dänemark das Seinige, um das Zusammenbleiben der Herzogthümer mit dem dänischen Staate nach dem Aussterben des Mannsstammes der königlichen Linie zu einer Unmöglichkeit zu machen. Nicht daß die Regierung mit grausamen Lebens- und Freiheitsstrafen gegen die Abtrünnigen vorging, wie im ähnlichen Falle Oesterreich in der Lombardei und Rußland in Polen, nein, in dieser Richtung legte das dänische Rachegefühl sich eine kluge Mäßigung auf. Aber in einer kleinlichen Tyrannei durch das Heer der dänischen Beamten und Pastoren — meist der Auswurf des Volks —, in dem zähen Verweigern aller verfassungsmäßigen Rechte zeigten sich die Dänen als Meister der Bedrückung. Die in Kopenhagen am Ruder befindliche dänische Demokratie zeigte sich voller Herrschsucht und aller Achtung vor der deutschen Nationalität baar. „Danisiren" — das war die Parole der dänischen Regierung von 1852—63. Dies Beginnen ist um so verwerflicher vor dem Richterstuhl der Geschichte, weil die deutsche Nationalität der dänischen mindestens ebenbürtig ist in jeglicher Beziehung, ja die deutsche Bildung für das dänische Volk ein nothwendiges Lebenselement bildet. Die Folge dieser Danisirungsversuche war, besonders in Schleswig, eine keineswegs beneidenswerthe Lage aller Deutschen, im ganzen Lande aber die immer reifer werdende Ueberzeugung von der Nothwendigkeit „Los von Dänemark".

Der Tod des König-Herzogs Friedrich VII. am 15. Novbr. 1863 war der Ausgangspunkt für die vollständige staatliche Umwälzung der Herzogthümer im deutschen Sinne. Der Krieg von 1864 erfüllte die langgehegten Wünsche nach „Los von Dänemark". Die Befriedigung hierüber kam nicht zu ihrem Recht durch das seit dem Wiener Frieden vom 30. Oct. 1864 bestehende „Provisorium" in den politischen Verhältnissen Schleswig-Holsteins, durch welches allerdings ein gedeihliches Definitivum der Landeslage in unbestimmte Ferne gerückt ist. Die Schuld an dieser augenblicklich unerquicklichen Stellung der Herzogthümer wird im Lande selbst mit großer Heftigkeit Preußen zugeschoben, welches aus selbstsüchtigen Gründen die Constituirung Schleswig-Holsteins unter einem eigenen Fürsten verhindere.

Nichtbefriedigung der Bevölkerung durch die Ereignisse seit dem 15. Novbr. 1863.

Diese Argumentation muß zugegeben werden, insofern Preußen allerdings die Bildung eines neuen, deutschen, souverainen, ihm nicht **unbedingt** ergebenen Bundesstaats thatsächlich verhindert. Ob aber die Motive zu dieser Politik Preußens seit November 1863 wirklich so durchaus selbstsüchtiger Natur sind, wird die objective, spätere Geschichtsbetrachtung wahrscheinlich verneinen müssen. Wir unsererseits halten das Auftreten Preußens durchaus von der Nothwendigkeit geboten, ihm auferlegt durch seine Stellung in Deutschland und die unglückliche deutsche Bundesverfassung.

Nichts hat so wie die Ereignisse seit November 1863 die Ohnmacht und gänzliche Unfähigkeit des deutschen Bundes dargethan, wo es sich darum handelt dem Vaterland nach Außen hin Recht zu verschaffen. Der Krieg von 1864 hat dem Bunde in den Augen der Nation das Siegel des moralischen Todes aufgedrückt. Die gebieterische Nothwendigkeit einer Umgestaltung Deutschlands liegt jetzt klar vor Augen. Eine kräftige Centralgewalt, auf realen Machtverhältnissen fußend, muß an die Stelle des bundestäglichen Chaos treten, sonst wehe uns! in der Stunde

Rechtfertigung des preußischen Auftretens seit 1863 durch den thatsächlichen Zustand Deutschlands.

der Gefahr. — Der Bundestag lehnte am 14. Januar 1864 es ab, sich an der Occupation des, von Dänemark incorporirten Herzogthums Schleswig zu betheiligen, wahrscheinlich aus Furcht vor einer kriegerischen Verwickelung mit dem Auslande. Hieraus folgt ganz einfach, daß, wenn anstatt der Großmacht Preußen verschiedene kleinere Staaten mehr zum deutschen Bunde gehört hätten, Schleswig wahrscheinlich niemals von Dänemark getrennt worden wäre, denn man würde, um sein Ziel zu erreichen wieder den diplomatischen Weg eingeschlagen haben, wo Dänemark durch Unterstützung des Auslandes allen Vortheil hatte. Oesterreich würde ohne Preußen nie daran gedacht haben, sich wegen Schleswig-Holstein in einen Krieg einzulassen. Noch dicht vor dem Ausbruche der Feindseligkeiten, 1. Februar 1864, war es ihm nicht Ernst, wie die Erklärung des Grafen Rechberg an den schwedischen Gesandten in Wien: „daß kein deutscher Soldat die Eider überschreiten werde," beweist. —

Ohne Preußen wäre also im Jahre 1864 die deutsche Ehre verloren gewesen. Es ist ein glänzendes Zeugniß für das innerlich deutsche Wesen des preußischen Staates, daß er selbst unter einem reactionairen Ministerium, wie das gegenwärtige, in ernsten nationalen Fragen, die die Integrität Deutschlands betreffen, bereit ist, der Volksstimme gemäß, mit aller Kraft das deutsche Interesse zu vertreten. Das officielle Centralorgan, der Bund, lehnte es ab, die deutsche Ehre zu vertreten, Preußen löste sie ein, rettete Deutschland zwei schöne Provinzen, und zeigte dadurch, daß in ihm die eigentliche Kraft Deutschlands liegt, die man für das Gedeihen des Vaterlandes zum gesetzmäßigen Mittelpunct machen sollte! —

Ja! sagt man, Preußen hat wohl die Herzogthümer befreit, aber es hat nur an sich dabei gedacht, das beweist die Annexionstendenz in den preußischen Regierungskreisen, das beweisen auch

die preußischen Forderungen vom Februar 1865*) Nun wohl! Preußen hat an sich gedacht, indem es die bekannten Forderungen stellte, und es mußte an sich denken, um für die Zukunft sich und Deutschland sicherzustellen. Die klägliche Kraft- und Willenlosigkeit des Bundes bewog und zwang Preußen, dem berechtigten ungestümen Drängen des Volks nachzugeben, aber die Action gegen Dänemark in seine Hand zu nehmen, wobei sich ihm freilich Oesterreich als, gewiß unwillkommener aber nicht gut zurückzuweisender, Genosse aufdrängte. Die durch den Krieg deutsch gewordenen Herzogthümer sollten nach dem Frieden in irgend einer Form dem deutschen Staatenverband zugetheilt und gesichert werden. Sie nach dem bestehenden Bundesrechte als einen selbstständigen souverainen Staat in den deutschen Bund aufzunehmen, wäre allerdings die einzige s. g. gesetzmäßige Lö-

---

*) Höchst bemerkenswerth ist das allmälige Steigen der preußischen Forderungen im genauen Verhältniß des sich steigernden Hasses gegen Preußen in den Herzogthümern. Ein Seitenstück zu der Geschichte von den sibyllinischen Büchern. Ganz natürlich. Ein Preußen, der Sympathien der Bevölkerung gewiß, konnte mit geringen Leistungen, durch Verträge garantirt, zufrieden sein. Die wachsende Abneigung der Bevölkerung zwang Preußen, nach und nach stärkere Garantien zu verlangen, um seine und Deutschlands Interessen zu sichern. Der offene Haß der Schleswig-Holsteiner gebar endlich die Idee der Annexion. — Als Wendepunct von der Gutwilligkeit zur Böswilligkeit ist der 28. Mai 1864 zu bezeichnen, mit der famosen Erklärung der deutschen Mächte in London, daß der Erbprinz von Augustenburg der bestberechtigte Prätendent sei. Preußen schloß sich dieser, von Oesterreich und Herrn von Beust seitdem als Waffe benutzten, in dieser Bestimmtheit durchaus unnöthigen, Erklärung damals an. Wofür man ihm dankbar sein kann, weil dadurch die Angelegenheit von einer internationalen zu einer deutschen gemacht wurde. Auch konnte es damals noch hoffen, sich mit seinen Verbündeten zu verständigen. Es kannte Oesterreich und Herrn von Beust noch nicht. Den guten Schleswig-Holsteinern war durch jene Erklärung der Kamm geschwollen. „Wir brauchen Preußen gar nicht. Wozu ist es überhaupt gekommen.“ Einen derartigen geistreichen Gedankengang war in den ersten Junitagen 1864 der Erbprinz von Augustenburg so — klug, Herrn von Bismarck zu hören zu geben. — Heute, nach zwei Jahren, sehen wir die aus den damals gesäeten Drachenzähnen aufgegangene Saat.

fung gewesen. Aber so etwas von Preußen zu erwarten, wäre Blindheit und Thorheit gewesen. Die Erwägung der, so eben erfahrenen, Jämmerlichkeit der Bundesverfassung und Bundeskriegsverfassung, die Nothwendigkeit für Preußen die neugewonnenen deutschen Länder bei etwaigem Anlaß mit seiner Macht zu vertheidigen, zwangen eben Preußen, den bundesgesetzlichen Weg zu verlassen und seine Forderungen an Schleswig-Holstein zustellen, die ihm die Wehrkraft des Landes sichern sollen. Mit diesen Forderungen betritt Preußen gleichsam in practischer Weise einen Weg zur Reform der Bundesverfassung. —

So sehen wir in dem Auftreten Preußens in Schleswig-Holstein, seit dem Januar 1864 und nach dem Kriege, lediglich eine Folge der traurigen Bundesverfassung, wobei nur zu bedauern ist, daß eben durch die Nichtbeachtung der Bundesgesetze die Handlungen Preußens den Character von Willkürlichkeiten und Gewaltthaten in den Augen der nur zu leicht oberflächlich urtheilenden Menge, und besonders auch der in tugendhafter Entrüstung erglühenden Franzosen und Engländer, angenommen haben. Das Ausland sollte sich doch erinnern wie es mitgeholfen, uns diese herrliche Centralgewalt in Frankfurt zu geben, vielleicht gerade zu dem Zwecke, uns wehrlos oder wenigstens nicht agressiv zu machen. Sollte daher einmal etwas zu Deutschlands Schutz und Ehre geschehen, so konnte es leider ohne ein Bischen Gewalt nicht abgehen. — Wir Deutsche aber sollten uns freuen, daß wir einen Staat haben wie Preußen, der die Macht und den Willen besitzt, unser Recht dem Auslande gegenüber zu vertreten. Der schleswig-holsteinische Krieg, sein schneller, günstiger Verlauf, sollte das deutsche Volk bestimmen, die Kraft des preußischen Staats viel enger als bisher mit der Kraft des übrigen Deutschlands zu verschmelzen, um jeder Gefahr die Spitze bieten zu können. Die Forderungen Preußens an Schleswig-Holstein zeigen den Weg zu solcher Kräftigung Deutschlands.

Der heutige Haß der Schleswig-Holsteiner gegen alles Preußische, der eine perfide Politik Preußens zum Motiv nimmt, der behauptet: Preußen wolle die Herzogthümer aussaugen, ist also vom deutsch-nationalen Standpunct, welcher nicht blind für die Schäden des Vaterlandes ist, und welcher in Preußen ein Heilmittel für dieselben erblickt, durchaus verwerflich. — —

Sehen wir jetzt weiter, wie es mit dem Rechte des Erbprinzen von Augustenburg auf die Herzogskrone Schleswig-Holstein, mit dem Rechte des Landes auf Selbstständigkeit und volle Souverainetät steht; sehen wir, ob diese Rechte wirklich so heilig und unantastbar sind, wie sie heute im Lande betont werden, daß die Erfüllung der preußischen Forderungen die Interessen, ja die Gewissen der Schleswig-Holsteiner unheilbar verletzen würde. —

Frage nach dem Recht des Hauses Augustenburg für die Gegenwart.

Ueber das Recht des Hauses Augustenburg ist so viel geredet und geschrieben, ja von den ersten juristischen und staatswissenschaftlichen Autoritäten seine Gültigkeit mit so scharfsinnigen Gründen belegt worden, daß es uns schlecht anstehen würde die Sache von Neuem zu untersuchen. Wir glauben vielmehr ganz fest, daß, nach dem bestehenden Staatsrecht in Deutschland und den Herzogthümern, das Haupt des Hauses Augustenburg unzweifelhaft zur Succession in Schleswig-Holstein berufen ist. — Aber auf jedes Staatsrecht paßt am Ende das Goethe'sche Wort:

„Grau ist alle Theorie,
Grün nur des Lebens goldner Baum."

Keine Zeit kann ein Staatsrecht oder eine Erbfolgeordnung schaffen, die für alle Zeiten gelten können; folgende Zeiten bringen für alle irdischen Verhältnisse neue Grundgedanken und daraus folgendes Bedürfniß nach neuen Rechtszuständen. Ein Staatsrecht kann nur Recht bleiben, so lange seine Befolgung den von der Vorsehung gewiesenen Wegen der Volksentwicklung nicht hinderlich

ist. Eine Successionsordnung — besonders wo vom Antritt einer Seitenlinie die Rede ist, wie hier — aufrecht erhalten zu wollen, blos weil ein vor 400 Jahren gemachtes Gesetz sie befiehlt und selbst wenn sie dem berechtigten Streben eines ganzen, großen Volks entgegen ist, wäre entweder Selbstsucht der den Ton angebenden Leiter oder Sklaverei der Gesinnung. Beide Motive wären der Gegenwart wenig würdig.

Im Jahre 1460 war der Riper Vertrag und die daraus folgende Thronfolgeordnung für die Herzogthümer gewiß wohlthätig. Die Verbindung mit Dänemark war eben bei der damaligen Zeit vortheilhaft und gab den Ausschlag. Wäre das dänische Königshaus bald darauf ausgestorben, man würde doch wieder die Verbindung mit Dänemark eingegangen sein. Das im Verfall begriffene deutsche Reich in damaliger Zeit unter Kaiser Friedrich III., die drohende Türkennoth, die sinkende Macht der Hansa, Alles dies mochte die Herzogthümer für die Zukunft besorgt machen. In der Vereinigung mit Dänemark suchten und fanden sie Schutz und Rückhalt bei drohenden Stürmen. In der That wurden die Herzogthümer von damals an bis heute von den Deutschland in allen seinen Theilen schwer treffenden Nöthen fast nur oberflächlich berührt. Die Gemeinschaft mit Dänemark erwies sich als eine glückliche Combination.

Heute liegen die Dinge ganz anders. Die Herzogthümer sind wieder deutsch geworden. Das deutsche Volk ringt nach einheitlicher politischer Gestaltung; das ist eine Hauptsignatur der heutigen Zeit in Deutschland. Dieser einheitlichen Gestaltung sind, das ist offenkundig, hauptsächlich die unbeschränkten Souverainetäten der in den Klein- und Mittelstaaten herrschenden Dynastieen im Wege. Da wir nun das Streben unseres Volkes nach politischer Einheit für durchaus berechtigt und dem Willen der Weltordnung gemäß erkennen, indem wir auch ein starkes, einiges Deutschland als eine Wohlthat für Europa, für die Menschheit

ansehen, so können wir die Prätension eines Fürstenhauses auf die volle Souverainetät in Schleswig-Holstein — das noch nie einen selbstständigen Staat in Deutschland gebildet — nicht anders als im höchsten Grade verwerflich, weil den ersten Interessen des deutschen Volks zuwiderlaufend, bezeichnen. — Das Wohl des ganzen Vaterlandes steht höher als das vor 400 Jahren entstandene, aber noch nie in Ausübung gewesene Recht einer Familie. Das deutsche Volk hat nicht das mindeste Interesse, zu den vielen deutschen Dynastieen in den Herzogthümern noch eine neue entstehen zu sehen. Die Etablirung einer neuen souverainen Kriegsherrlichkeit würde vielmehr wie Hohn und Spott klingen zu den heißen Wünschen nach zeitgemäßer Revision der Bundeskriegsverfassung.

Deshalb der gedeihlichen Zukunft des deutschen Vaterlandes wegen: fort mit der grauen Theorie des unbeschränkten Augustenburgischen Souverainetätsrechtes; in der Erfüllung der preußischen Forderungen von Schleswig-Holstein liegen die Keime zu dem goldenen Lebensbaum der deutschen Einheit. — —

Frage nach der Begründung des Rechtes der Herzogthümer auf Selbstständigkeit.

Als ferneres Argument des Widerstandes gegen die preußischen Forderungen wird mit bedeutendem Erfolg bei vielen Gemüthern gebraucht: „das Recht des Landes auf volle Selbstständigkeit und Souverainetät im Sinne des Bundesrechts." Der Nachweis von der Hinfälligkeit dieses Rechtes ist eigentlich im Obigen schon vollständig gegeben. Das Recht eines Theiles — Schleswig-Holsteins — muß vor dem berechtigten Verlangen des Ganzen — Deutschlands — zurückstehen. Eine solche Collision zwischen den Rechten eines Theiles und des Ganzen deutet aber nothwendig eine Krankheit an in dem staatlichen Organismus Deutschlands und läßt die Frage entstehen: welches Recht das besser begründete, das am besten den Forderungen des universellen Rechtscodex einer sittlichen Weltordnung entsprechende ist?

Politische Pflichten des deutschen Volkes.

Die Antwort auf diese Frage sollte für keinen Deutschen, berathen von der Geschichte und dem ursprünglichen Völkerrecht, zweifelhaft sein. — Jedes ursprüngliche, eigenartige Volk — und das ist das deutsche gewiß — hat von Natur die Pflicht, seine besondere Individualität nach innen und nach außen bestmöglichst zu entwickeln, um so, empfangend und gebend, im Verein mit andern Völkern zur Entwickelung der Menschheit das Seine beizutragen. Wie hat das deutsche Volk diese Pflicht erfüllt? Die Entwickelung seiner Individualität nach innen hat es gewiß nicht versäumt. Auf dem Gebiete des Geistes, der Kunst und Wissenschaft sind wir ein Volk von durchaus markirtem Gepräge. Die Stammesverschiedenheiten, so frei sie sich im Einzelnen zeigen können, ordnen sich hier willig dem Character des Ganzen unter und die deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst haben höchst segensreich und befruchtend auf das geistige Leben der Menschheit im Allgemeinen gewirkt. Mit der Entwickelung der Eigenthümlichkeit unseres Volkes nach außen, mit seiner politischen Gestaltung, ist es weniger günstig gegangen. Es ist den Deutschen nicht gelungen einen Staat für alle Deutsche zu bilden, der dem Auslande gegenüber der volle Repräsentant deutschen Lebens und deutscher Art ist. Oder vielmehr, wir haben das Unglück gehabt, die ursprüngliche Staatseinheit nach und nach zerfallen zu sehen in eine Staatenvielheit, deren Zusammenhang durch äußere, politische Bande bis in die Neuzeit hinein immer loser und loser geworden ist. An Stelle der alten Reichssouverainetät haben wir jetzt die volle Souverainetät der Einzelstaaten, nur verknüpft durch das einzige, politisch machtlose Band des Bundestags. Daß bei so bewandten Umständen die von der Natur gebotene Einwirkung Deutschlands auf die äußere Gestaltung anderer Völker nur durch den Canal des geistigen Lebens unseres Volks gehen konnte, und daß dieselbe also, da der Geist hier auf Erden der Form bedarf, um gehörig wirken zu können,

sehr mangelhaft bleiben mußte, ist natürlich. Einzelne deutsche Staaten mögen noch soviel in der Politik geleistet haben, von einem Einfluß Gesammt-Deutschlands ist in der Geschichte der letzten 300 Jahre Nichts mehr zu verspüren. Es ist also mit Recht zu sagen, daß das deutsche Volk die Entwickelung seiner Individualität nach außen, d. h. seine politischen Pflichten vernachlässigt hat. —

Man hat, um diese Pflichtversäumniß zu entschuldigen oder gar zu einer Tugend zu machen, gesagt: der Mangel an politischem Sinn, die deutsche Zerrissenheit und Vielstaaterei sind gerade die Ursache der mächtigen Entfaltung des deutschen Geisteslebens gewesen, sie haben zur Vertiefung angeregt und haben jene Erfolge auf dem Gebiete der speculativen Philosophie erringen helfen, durch welche das deutsche Volk als ein philosophisches, dem Idealen nachstrebendes, vom Auslande anerkannt ist. — Zugegeben muß werden, daß die philosophische Speculation, alle abstracten Richtungen in Kunst und Wissenschaft am wenigsten durch den Mangel an politischem Leben gelitten haben, auch wohl dadurch gefördert sind. Aber immer wieder muß betont werden, daß das Geistesleben eines Volkes, dem es an einem gedeihlichen Staatsleben fehlt, niemals ein ganz harmonisches sein kann. Und harmonisch ist die Bildung unseres Volkes auch lange Zeit hindurch nicht gewesen. Es hat der deutschen Wissenschaft der Sinn für das Reale, das practische Leben, gefehlt. Sie ist wesentlich speculativ gewesen. Erst mit dem Erwachen eines deutschen Nationallebens in und nach den Befreiungskriegen 1813—15 treffen wir — um nur einiges anzuführen — auf das Wiedererwachen der bildenden Künste, auf die Entfaltung der Naturwissenschaft nach rationellen Grundsätzen, auf einen lebhafteren historischen Sinn im Volke. Das deutsche Geistesleben wird harmonischer, radicaler, im edlen Sinn, unterdem Einfluß des politischen Ringens nach befriedigender nationaler Gestaltung. —

Grund-ursache der deutschen Viel-staaterei.

Fragen wir nun nach der Ursache des Mangels an politischer Kraft im deutschen Volk, sich einen tüchtigen deutschen Staat für Alle zu schaffen, so wird uns von den Freunden der Vielstaaterei gesagt: Das deutsche Volk hat nun einmal keine Anlage zur politischen Organisation, sein Beruf liegt auf andern Gebieten, und überdies sind die Umstände der einheitlichen Gestaltung Deutschlands ungünstig gewesen. Dies Alles sind nur zu richtige Thatsachen aber wir vermögen dieselben nicht als die Ursachen der deutschen Zerrissenheit anzuerkennen, sondern nur als Folgen der tiefer liegenden Grundursache, der Wurzel alles Uebels im deutschen politischen Leben. Diese Grundursache ist, wir müssen es offenherzig gestehen: die Selbstsucht der einzelnen Stämme und die daraus folgende Eifersucht aufeinander. Hier liegt die große nationale Sünde unseres Volks, die das Vaterland oft an den Rand des Verderbens gebracht. Ganz folgerecht ging durch das selbstsüchtige Streben der einzelnen Stämme dem Volke der Wille und zuletzt die Anlage verloren für die politische Organisation des Ganzen. Die ungünstigen Umstände fanden sich bei dem vorhandenen Grundübel auch sehr leicht durch innere Kriege und die Einmischung der Fremden, für die Deutschland einen zu lockenden Anblick darbot, als daß er nicht zur Ausbeutung ihrerseits hätte führen sollen.

Aus diesem Grundübel: der nur an sich denkenden Selbstsucht der einzelnen Stämme ist das Streben nach falscher Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, die Machtvollkommenheit der einzelnen Staaten, die Souverainetät der einzelnen Fürsten Dynastien hervorgegangen. Die erstrebte Unabhängigkeit war eine falsche, weil unmögliche. Man wollte reichsfrei sein und wurde bei jeder Verwickelung mit dem Auslande der Knecht der Fremden. So sind Elsaß, Lothringen und Schleswig-Holstein in die Fremdherrschaft gekommen; so ist in neuerer Zeit halb Deutschland im s. g. Rheinbund, aufgeputzt mit dem Prunk einer

scheinbaren Souverainetät, in die napoleonische Knechtschaft getreten. — Der Rheinbund war der Culminationspunct der traurigen Folgen einer in engherziger Stammeseifersucht erstrebten „vollen Souverainetät" der Einzelstaaten. Die eigene Schwäche führte zum Protektorat Napoleons, der die nach eitlem Ruhm durstigen deutschen Staaten unter seiner Führung diesen sich erwerben ließ, aber freilich um den Preis — des Hochverraths am deutschen Vaterlande.

Diese ernsten aus der Geschichte nicht zu verlöschenden Thatsachen, hätten 1815 nach dem Umschwung der Dinge den Deutschen eine Mahnung sein sollen, die Souverainetät der Einzelstaaten weise zu beschränken, um sich in der Zukunft vor neuem Landesverrath zu schützen. Aber das Ausland und Oesterreich — das für Deutschland ja auch beinahe Ausland ist — fanden die volle Souverainetät der deutschen Staaten sehr be uem für die Erreichung ihrer Zwecke und so wurde die volle Selbstständigkeit der Einzelstaaten zum ersten Rechtsgrundsatz des deutschen Bundes proclamirt, zur tiefsten Trauer aller ächten deutschen Patrioten von damals bis heute.

Und diese aus so fauler Wurzel, der engherzigen Stammesselbstsucht, emporgewachsene, in der Geschichte mit dem Fluche des Vaterlandesverraths befleckte, volle Souverainetät der Einzelstaaten wagt man heute in Schleswig-Holstein als ein heiliges, ureignes, unveräußerliches Recht des Landes hinzustellen, das als Schild dienen muß zur Abwehr der preußischen Forderungen!

Das Recht Preußens auf die Führung Deutschlands.

Gut, wird man uns entgegnen, ist denn aber die Selbstständigkeit Preußens nicht aus derselben Wurzel, der Emancipation von der Reichsgewalt hervorgewachsen? Gewiß, das ist sie, aber wie im einzelnen Menschen eine Krankheit, wenn sie nicht zum Tode führt, immer auch durch den natürlichen Lauf geheilt wird, so vollziehen sich auch Heilungsprocesse im Völker- und Staatsleben. Was im deutschen Volk bei dem factischen

Hinsterben des alten glorreichen Reichs nach der Hohenstaufenzeit an Lebenskraft noch vorhanden war, ging in die aus sich bildenden Einzelstaaten über. Sie waren gleichsam neue Schößlinge des alten abgehauenen Stammes. Aber nur einer dieser Schößlinge brachte es im Laufe der Jahrhunderte zu eine mwirklichen, selbstständigen Leben, das ist Preußen. Durch diese Thatsache, die nicht ignorirt werden kann, ist Preußen der wirkliche Erbe des alten Deutschlands, das naturgemäße Heilmittel der heutigen nationalen Krankheit geworden, und es liegt hierin sein Recht auf die Führung Deutschlands. Dies Recht ist uns ehrwürdiger und unantastbarer, als dasjenige der Einzelstaaten und ihrer Dynastien, weil es den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, also ein lebenskräftiges Recht ist, und weil es auf dem Grunde der Erfüllung deutscher Pflichten erwachsen ist, was das Recht der übrigen Einzelstaaten nicht von sich sagen kann. —*)

---

*) Als höchst zutreffend lese man folgende Betrachtungen eines Ausländers, des Engländers Thomas Carlyle, über das Emporkommen der Monarchie Friedrichs des Großen und ihre Bedeutung für Deutschland. Carlyle — ein ebenso geistreicher Kritiker wie edler Character, sagt (Geschichte Friedrich II., genannt der Große, deutsch von Neuberg, Volksausgabe, 4. Band, Seite 201 u. f.) in seiner eigenthümlichen Weise:

„Völlig unbewußt bestanden sie, seine Nation und er (Friedrich), ihre „Prüfungen" in dem großen Staatsexaminatorium dieses Universums: „Seid ihr im Stande, euch zu vertheidigen, und fest zusammmenzuhangen, der ganzen Welt und ihrer zusammenhangslosen Wuth gegenüber?" Eine Frage, die den Nationen gestellt werden muß, ehe sie als solche anerkannt und in die Staatsgemeinschaft eingetauft werden; sie sind bloße Horden oder zufällige Aggregate, bis diese Frage an sie herantritt. Eine Frage, für die sich diese Nation aber bereits seit lange vorbereitet hatte und die sie nun unter diesem Könige Göttern und Menschen zur Genüge beantwortete: „Ja, wir können mit Gottes Hülfe unsere Vertheidigung bestehen, und auf die Länge (gleich der Luft, wenn Du sie zu vernichten oder zu Nichts zu zerdrücken versuchst) ist sogar eine unendliche Kraft in uns, und es gelingt der ganzen Welt nicht, uns zu vernichten!" Hierauf erfolgte, was wir nationale Taufe nennen, — oder vielmehr, dies war die nationale Taufe, diese in feuriger Windsbraut wüthende; dreimal vollzogen, bis in Göttern und Menschen kein Zweifel mehr übrig blieb. Das

Eigenthümlich ist, daß der deutsche National-Verein, der in seinem ursprünglichen Programm das lebendige Recht Preußens auf die Führerschaft des neuen Deutschlands laut anerkannte, in der schleswig-holsteinischen Frage wo sich die erste practische Gelegenheit bot für die Realisirung seiner Ideen, zu den preußischen Forderungen stille schwieg, sie nicht unterstützte, sondern wohl sogar Der National-Verein.

---

war Friedrichs Function in dieser Welt, und zwar eine große und denkwürdige; — nicht nur für seine eigene preußische Nation, sondern für ganz Deutschland ewig denkwürdig."

„Ist Deutschland eine Nation; giebt es noch in Deutschland eine „Nation?" Oesterreich, nicht unredlich, aber stark in Aberglauben und unfreiwilligen Lügenhaftigkeiten versunken, und dazu angethan, noch tiefer zu sinken, antwortet allezeit mit düsterem, stolzem Tone: „Ja, ich bin die Nation von Deutschland!" — irrt sich aber, wie es sich ausweist. Denn nicht Lügenhaftigkeiten, bewußte oder andere, sondern Wahrhaftigkeiten werden von den himmlischen Mächten begünstigt oder am Ende auch nur geduldet. Was Du besser verstehen solltest, als Du thuest, mein Freund. Denn im großen Maaßstabe wie im kleinen, zu allen Zeiten, in allen Umständen, Scenen und Situationen, in welchen sich ein Adamssohn befindet, ist dies wahr und sogar eine höchste Wahrheit. Und wer immer dies nicht weiß, menschliche Barmherzigkeit gegen Den (ginge solche allezeit an) wäre, ihn irgendwie mit Handschellen zu versehen, als einem Theil seiner Ausstattung in dieser Welt, und ihn unter die Leitung derjenigen zu stellen, die es ja wissen. Ja ihm, meine ich, wären ein Paar Privat-Handschellen weit nützlicher als ein Stimmzettel. — —"

„So daß, wenn nur Oesterreich als Nation da wäre, es schlimm um Deutschland stände. Allerdings. Aber da giebt es auch in Deutschland (1745), sehr unkenntlich für Deutschland, doch authentisch gegenwärtig, einen Mann von dem eigentlichen, unbesiegbaren Typus; da ist ferner eine auserlesene, für ihn gedrillte Bevölkerung: diese zwei zusammen werden Dir beweisen, daß es eine Nation giebt. Eroberung Schlesiens, drei schlesische Kriege, Arbeiten und tapfere Thaten, wie die des Alcides, zur Behauptung seiner selbst und seines Schlesiens: — im Geheimen, so unbewußt, war jene höhere Frage Deutschlands, und ob es in sich eine Nation enthalte, Friedrichs schwere Aufgabe und die seines Preußens zu seiner Zeit. Wie Deutschland vielleicht heute in unsern Tagen anfängt, einzusehen; mit Hoffnung, mit Staunen, das arme Deutschland!"

So Carlyle, der Engländer. Wir Deutsche könnten uns ein Muster nehmen an seinem Respect vor der Thatsache. Wir aber wollen immer mit dem Kopf durch die Wand. Wir bestehen auf dem Gerede von der „unersättlichen Ländergier" Preußens 2c. Eine ruhige Geschichtsbetrachtung könnte uns von der Grundlosigkeit solcher Ansicht ein für alle Mal gründlich über-

ihnen opponirte. Ist der Nationalverein auch nur so ein doctrinair theoretischer, dem vor den Consequenzen seiner eignen Sätze graut? Das wohl nicht, aber die derzeitige preußische Regierung, die Art und Weise des Herrn v. Bismarck hat dem National-Verein das Concept verrückt. Er ist bedenklich geworden. Wie uns scheint, mit Unrecht. Wir denken vielmehr, man kann ruhig den Herrn v. Bismarck auf seine Weise die Machtstellung Preußens in Deutschland vergrößern lassen, ohne befürchten zu müssen, daß das schließliche Resultat seiner Politik, wenn es auch einen noch so großen Ländererwerb für Preußen enthielte, den Interessen der feudalen Parthei zum Vortheil gereichte. Wir haben in diesem Puncte optimistische Anschauungen, und glauben uns nicht zu irren, wenn wir das jetzige innere preußische Regiment für das letzte, wenn auch ziemlich helle Aufflackern der feudalen Gelüste halten. Die Grundsätze der Parthei sind zu sehr im Widerspruch mit den rechtlichen Forderungen der Gegenwart, mit dem Gewissen der Zeitgenossen, als daß ihre Herrschaft von Dauer sein könnte. Darum lasse man gern Herrn v. Bismarck gewähren in Schleswig-Holstein, er erndtet da nicht für die feudale Parthei, sondern arbeitet für die bessere Zukunft Deutschlands! — —*)

führen. Eine solche Ländergier aus reiner Eroberungssucht ist bei Preußen nie zu finden gewesen und auch als heute vorhanden zu verneinen. Man merkt es der preußischen Regierung an, daß sie sich stets ihrer Verantwortlichkeit vor dem absoluten Recht der sittlichen Weltordnung wohl bewußt ist. — Man muß nur nicht jedes zeitliche Recht als absolut bindend betrachten; wohin käme man nicht mit solcher Uebertreibung des historischen Rechts? Auch Preußens Stunde mag einmal schlagen. Aber heute verdient es noch Vertrauen und ist Deutschlands fester Hort. Wäre es das nicht, dann wehe uns!

*) Es scheint uns überhaupt sehr gewagt, das Regiment des Grafen Bismarck ohne Weiteres mit der feudalen Parthei zu identifiziren, wie es z. B. Victor Constant in seiner Broschüre „Preußen" thut, weil Graf Bismarck die Prätension der Parthei, ihn als den ihrigen zu betrachten, nicht unumwunden vor aller Welt desavouirt. Wir können uns, aus diesem Grunde wenig-

Können wir nun, nach dem Vorhergehenden, in der Politik Preußens in Bezug auf die Herzogthümer, so wie in dem Recht des Erbprinzen von Augustenburg und dem Recht des Landes auf staatliche Selbstständigkeit keine irgendwie stichhaltige Motive zum Haß und Widerstand gegen Preußen und seine Forderungen erblicken für einen, sich die thatsächlichen Verhältnisse klar machenden, deutschen Patrioten, so können wir auch die gegenwärtige Stimmung in den Herzogthümern, wie sie, besonders vor der Gasteiner Convention, von den Leitern der Vereine und der Presse mit Emphase kundgegeben, aber auch in allen Volkskreisen weit verbreitet ist, nicht auf die besprochenen drei Potenzen als letzte Grundursache zurückführen.

Wahre Motive der heutigen Stimmung in Schleswig-Holstein.

Die Stimmung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung läßt sich, unserer Meinung nach, am leichtesten daraus erklären, daß das Land Jahrhunderte lang fast außer aller politischen Verbindung mit Deutschland gewesen ist, daß es während der Zeit eigentlich wenig Freude und Leid mit dem großen Vaterlande getheilt hat. Gab es in Schleswig-Holstein ein Nationalgefühl, so war es specifisch schleswig-holsteinisch. Das wurde durch die Ereignisse von 1848—52 nicht geändert. „Schleswig-Holstein" war die Losung, das Deutschsein wurde nur nebenbei betont. Erkennen wir auch in dieser Thatsache eine Folge des allgemeinen deutschen Grundübels, der Selbstsucht der einzelnen Stämme, so wollen wir doch daraus den Schleswig-Holsteinern am wenigsten einen Vorwurf machen, denn sie hatten es gut bei Dänemark, und weil sie doch keine Dänen sein konnten, so fühlten sie

---

stens, noch kein endgültiges Urtheil über diesen jedenfalls merkwürdigen Mann erlauben. Er scheint uns vor allen Dingen ein Preuße, durch und durch, zu sein, und dabei ein Mann, der nicht „von des Gedankens Blässe angekränkelt" ist, dessen Wort, daß er gern, wenn es ihm beschieden, für König und Vaterland sterben würde, mehr als Phrase ist. Ein Mann, nicht ohne Aehnlichkeit vom alten York. Nicht liebenswürdig, aber fest wie Eisen, wie er sein muß, um in großen Krisen etwas durchzusetzen.

sich als Schleswig-Holsteiner und pflegten ihre specifischen Interessen. In diesen ihren Sonderinteressen nun glauben sie sich jetzt bedroht. Man fürchtet für diese die größten Nachtheile aus der Verbindung mit Preußen, welches in der unliebsamen Rolle eines Mahners auftritt an das Gesammtvaterland zu denken und sich nicht ausschließlich in die Pflege von Sonderinteressen zu vertiefen. Man möchte lieber dem Bundestage Concessionen machen, vielleicht weil man weiß, daß der nicht viel fordert. Man möchte um Alles den lieben Schleswigholsteinismus retten, und fürchtet, daß er von Preußen nicht gehörig respectirt werden möge. Um nun aber seine specifischen schleswig-holsteinischen Wünsche der Welt als edle und wohlberechtigte darzustellen, verlästert man die preußische Politik und pocht auf das Recht des Landes und der Augustenburger. Nur bei Wenigen aber werden dies die wahren Motive ihrer Gesinnung sein, bei fast Allen ist es jene Furcht vor materiellem Nachtheil. Denn die Bevölkerung ist durchaus nicht so politisch hochgebildet, daß die unconstitutionelle Form der preußischen Forderungen sie so stark verletzen sollte, noch sind die Leiter der Vereine und der Presse so loyal monarchisch gesonnen, um in dem Widerstreben Preußens gegen die Einsetzung des Augustenburgers den wahren Grund ihres Benehmens zu finden. Leider mögen noch weniger edle Beweggründe mitspielen. Ohne Jemand verdächtigen zu wollen, können wir doch gewiß behaupten, daß vielleicht Mancher der Wortführer von der Errichtung eines herzoglichen Hofes mit seinem nothwendigen Zubehör in Civil und Militair die Befriedigung der verschiedensten persönlichen Wünsche erhofft. — Die Dienste Preußens, die es dem Lande durch die Befreiung von Dänemark erwiesen, sind ganz vergessen, nun da es sich darum handelt, etwas zu leisten fürs große Vaterland. Man hatte nur vom Genuß der Freiheit geräumt und ist beim Erwachen erstaunt und unwillig darüber,

daß die Ehre, Deutschland anzugehören, mit der Erfüllung preußischer Forderungen bezahlt werden soll. —

Symptome in Deutschland.

Diese Ungeneigtheit des Landes, zu Gunsten Preußens, der thatsächlichen Vormacht Deutschlands, etwas von seiner Selbstständigkeit zu opfern, das stete Betonen und starre Festhalten an dem s. g. Recht der Kleinstaaterei unter Herzog Friedrich VIII., wobei man einer Freude über die Befreiung von Dänemark in den leitenden Kreisen fast niemals begegnet, dies Alles fängt an im übrigen Deutschland keinen sehr günstigen Eindruck zu machen. Denn, abgesehen von einigen Regionen, besonders in Süddeutschland, in denen der Preußenhaß zum ersten politischen Glaubenssatz gehört, ist es mit Beistimmungen zu den jetzigen Bestrebungen in Schleswig-Holstein denn doch ziemlich stille geworden. Die Vereine in Deutschland, die Ende 1863 und bis Mitte 1864 so lebhaft waren in Kundgebungen für die Sache der Herzogthümer, sind seit längerer Zeit fast ganz verstummt. Man fängt an, wie es scheint, eine ruhige Kritik aller bei der schleswig-holsteinischen Frage obwaltenden Verhältnisse zu üben, und das ist sehr erfreulich. Man fühlt auch wohl, daß die Bevölkerung der Herzogthümer bis jetzt noch besser schleswig-holsteinisch denkt als deutsch. Das deutsche Volk aber scheint jetzt nicht mehr geneigt für die volle Souverainetät der Herzogthümer und die Einsetzung des Prinzen von Augustenburg in den Kampf zu gehen. Derartige Symptome sind unverkennbar.*)

Um aber so recht die Verderblichkeit des Ziels der augen-

---

*) So stand es im November v. J. Heute — Juni 1866 — ist es scheinbar anders in Deutschland. Aber noch heute behaupten wir, daß der Antagonismus gegen Preußen viel weniger seinen Grund hat in einer willenskräftigen Begeisterung für „das Recht" der Herzogthümer, als vielmehr in der Furcht vor den „letzten Zielen" der feudalen Parthei. Eine Furcht, die ja von Seiten der Feinde Preußens rührig unterhalten wird und um so leichter Eingang bei der Menge des Volkes findet, weil man sich der inneren Schwäche, die Freiheit zu erringen, nur zu sehr bewußt ist.

Verderblichkeit des Ziels der schlesw.-holstein. Wünsche.

blicklichen Wünsche von Schleswig-Holstein zu erkennen, darf man nur fragen, was wird dem Lande und Deutschland durch die Realisirung derselben gewonnen? Ohne allwissend zu sein, kann man doch einige nothwendige Folgen sofort erkennen. — Die schlimmste bliebe immer, daß die begehrte Lösung eine neue Sanctionirung der Kleinstaaterei, der dynastischen Souverainetät, wäre. — Die zweite Folge, nicht weniger schlimm, wäre die Entfremdung Preußens. Denn ein souveraines Schleswig-Holstein wäre nicht ohne eine gänzliche Niederlage Preußens zu ermöglichen. Man muß aber schon ganz von Parthei-Interessen verblendet sein, um eine solche nicht als ein allgemeines, deutsches Unglück zu erkennen. — Eine dritte Folge resultirt unmittelbar aus der zweiten: Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Wiedereroberung durch Dänemark. Der deutsche Bund würde gewiß ohne Preußen nicht dem wahrscheinlich von fremden Mächten unterstützten Dänemark entgegentreten, da er es 1864 nicht einmal an Preußens Seite gewagt hat. — Im besten Falle würde sich in einem selbstständigen Schleswig-Holstein als deutschem Bundesstaat ein idyllisches Stillleben entwickeln ohne irgend einen Nutzen für Deutschland. Denn auch ein constitutioneller Musterstaat in Schleswig-Holstein würde z. B. in Mecklenburg oder Hannover die ärgste Despotie nicht hindern, wie man an Nassau und Kurhessen in der Nachbarschaft von Baden sieht. Das deutsche Elend bliebe dasselbe.

Zum großen Glück für Deutschland ist indeß ein so klägliches Ende der schleswig-holsteinischen Frage, die Befestigung der Kleinstaaterei, nicht zu befürchten. Preußen hat feste Position genommen in richtiger Erkenntniß seiner Aufgabe. Die Frage der Reform des deutschen Bundes wird in Veranlassung der Herzogthümerfrage nicht mehr von der politischen Tagesordnung verschwinden. Die Geschicke Deutschlands werden sich erfüllen.

III.

Die Einigung Deutschlands — Durch den Anschluß an Preußen oder durch die Demokratie? — Selbstbestimmung — Schluß.

Die wichtigste Seite der schleswig-holsteinischen Frage ist immer ihre Beziehung zur Zukunft Deutschlands. Die Lösung der Frage wird unverkennbar maßgebend sein für die Behandlung der Reform des deutschen Bundes. — Legen wir also noch einmal unsere Meinung über die beste Art und Weise der Einigung Deutschlands klar dar und zeigen die Unbrauchbarkeit und Unnatürlichkeit des besonders von der heutigen Demokratie empfohlenen Weges zum ersehnten Zweck, des Weges der sich durch den Wahlspruch: „Durch Freiheit zur Einheit" characterisirt. — Die deutsche Frage.

Unsere Ansicht, daß Preußen den Beruf hat und in sich selbst das beste Mittel besitzt, Deutschland zu einem wirklichen staatlichen Organismus zu verhelfen, ist in dem Bisherigen schon vollständig entwickelt; wir brauchen hier nur die Kernpuncte herauszuheben und zusammenzufassen.

Daß überhaupt für unser deutsches Vaterland eine straffere staatliche Gestaltung wünschenswerth und nothwendig ist, darüber sind wohl so ziemlich Alle einig. Während aber die Motive hierzu bei Vielen ganz unklar, bei Andern hauptsächlich in der Hülfslosigkeit des jetzigen Zustandes bei auswärtigen Verwickelungen, bei den Meisten aber wohl in der Berechtigung gesucht werden, die das deutsche Volk hat im Rathe der Völker ein Wort mitzusprechen, so haben wir, so sehr wir auch diese Berechtigung anerkennen, den wahren Grund eben dieser und also auch der Nothwendigkeit eines einigen Deutschlands doch in der Verpflichtung des deutschen Volks erkennen müssen seine Individualität voll und harmonisch zum Nutzen der Welt, wie nach Innen auf geistigem, so auch nach Außen auf politischem Gebiete Nothwendigkeit eines einigen Deutschlands.

auszubilden. Die Einigung Deutschlands zu einem einheitlich wirkenden Staat, sei es ein Einheitsstaat oder vorläufig ein Bundesstaat, ist für uns die Forderung einer politischen Pflicht des deutschen Volks.

Anschluß an Preußen die vollkommenste Lösung der deutschen Frage.

Das Mittel, diese Pflicht vollständig zu erfüllen, erkennen wir in dem preußischen Staat, in der Unterstellung der deutschen Kräfte der preußischen Führung, in dem endlichen Aufgehen des übrigen Deutschland in Preußen und eine dadurch bewirkte Umwandlung Preußens in Deutschland.

Dem Bundesrecht und seinen Anhängern gegenüber wird sich freilich dies Mittel als ein revolutionaires darstellen, der Demokratie mit ihren, oft ideologischen, Plänen mag es als reactionair erscheinen, wir müssen es als das einzige betrachten, das auf naturgemäßem Wege dem großen Ziele zustrebt. — Denn für uns liegt das Recht Preußens, die Unterordnung der Mittel- und Kleinstaaten zu verlangen, in dem Recht des Lebens, mit dem es siegreich bestehen wird gegen das für die Gegenwart todte, unbrauchbare Recht der Kleinstaaterei. In Preußen, der jungen, kräftigen deutschen Großmacht, sehen wir den factischen Nachfolger der alten deutschen Kaisermacht, den natürlichen politischen Vertreter des deutschen Volkes der Gegenwart. In der Stellung Preußens im deutschen Bunde, in dem Mißverhältniß zwischen seinen Rechten und Pflichten in demselben, erblicken wir die gegenwärtige Krankheit Deutschlands, in welcher nur Heilung eintreten kann, wenn die factische Machtstellung Preußens in Deutschland zur gesetzmäßigen Suprematie gelangt. Dieser Weg zur Gründung der politischen Einheit des Vaterlandes besteht also in der Herstellung eines neuen Rechtszustandes, in der Erhebung einer in der Geschichte sich bewährt habenden Macht, der factischen Inhaberin des deutschen politischen Lebens, an die Stelle des bisherigen, im Absterben liegenden Rechtszustandes. Es ist dies ein Proceß, wie er uns in der

Geschichte als der häufigste Weg der fortschreitenden Entwickelung entgegentritt: die sich aus innerer Nothwendigkeit vollziehenden Thatsachen werden die Grundlage eines neuen Rechtes. — Daß aber dies neue Recht in dem uns vorliegenden Fall den Geboten einer sittlichen Weltordnung, den Forderungen des absoluten Rechts in Bezug auf die obwaltenden Verhältnisse, entspricht, — was natürlich nothwendig für seinen Bestand ist, — erkennen wir wieder in der Verpflichtung unseres deutschen Volks, seine Individualität harmonisch, also auch in der Gestaltung eines lebenskräftigen deutschen Staates, auszubilden. In der Bekleidung Preußens mit der Macht und Würde Gesammt-Deutschlands bietet sich zur Erfüllung dieser politischen Pflicht unseres Volks der natürlichste, von der Geschichte gewiesene, Weg. — Preußen ist für Deutschland die Aufgabe Pipin's in dem merovingischen Frankreich zugetheilt: es setze seine wirkliche Macht an die Stelle der imaginairen des Bundestags. In der Macht, wenn sie sittlichen Zwecken dient, liegt das wahrhafte, göttliche Recht. —

Demokratischer Weg zur deutschen Einheit.

Die heutige deutsche Demokratie will für ihr einiges Deutschland natürlich auch einen neuen Rechtszustand, aber sie knüpft, um diesen festzustellen, nicht an gegebene Machtverhältnisse an. Ganz unbekümmert um thatsächlich wirkende Kräfte, macht sie vielmehr tabula rasa und verlangt vom Volk, daß es in voller Freiheit sich die ihm fehlende politische Einheit construire. „Durch Freiheit zur Einheit" ist die Losung. Uns scheint, daß damit unserm Volk eine Herkules-Arbeit zugemuthet wird. Denn zuerst müßte die volle Volksfreiheit in allen deutschen Staaten errungen werden, und, wäre dies geschehen, so ginge die rechte Schwierigkeit erst an. Man könnte fast mit Gewißheit behaupten, daß alles Andere, nur keine Einheit die Folge sein würde. Denn die Freiheit, so unschätzbar und nothwendig sie zum Ausbau der Staaten, zur vollen Entwickelung der einzelnen Staatsbürger in dem Organismus des Ganzen, so gering ist ihre Kraft,

Staaten zu schaffen. Man komme als Gegenbeweis nicht mit Nordamerika. Wäre der Unabhängigkeitskrieg nicht gewesen, die einzelnen Colonien würden wohl keine Union gebildet haben. Die Nothwendigkeit und die Erfahrung haben diese gebildet, nicht die Freiheit. Die Freiheit an sich, wo nicht andere Motore mitwirken, treibt viel eher zur Vereinzelung als zur Vereinigung. Das beste Beispiel sind die griechischen Staaten des Alterthums mit der ausgebildetsten demokratischen Freiheit, die jemals in der Welt vorhanden gewesen. Diese Freiheit hat sie nicht zur Einigkeit getrieben, sie war nicht im Stande, die Selbstsucht und Eifersucht der einzelnen Staaten zu besiegen, an denen Griechenland, diese schöne Blüthe der Menschheit, zu Grunde ging. — Sollen wir erwarten, daß unser deutsches Volk im Zustand der vollen Freiheit die Stammesselbstsucht und Eifersucht überwindet und sich eine Staatseinheit gründet? Die Hand auf's Herz: Nein, es ist leider nicht zu erwarten. Zur Bildung einer deutschen Einheit bedarf es der Macht!

Grundfehler und Widersinn des demokratischen Programms.

Hier liegt der Grundfehler des demokratischen Programms: „durch Freiheit zur Einheit". Die Demokratie weist sich nicht genügend über die Macht aus, mit der sie ihr einiges Deutschland schaffen will. Der Volksgeist wird es thun, sagt sie. Doch fehlt die Angabe wie? und wodurch? Denn direct, ohne irdisches Gefäß wird kein Geist eine so große Arbeit, deren Object so concreter Natur ist, verrichten.*) Die deutsche Demokratie ist von Ideologie nicht freizusprechen. Sie construirt sich ein deutsches Volk und eine deutsche Einheit, wie sie eigentlich sein sollten und sein müßten, wie sie aber heute nicht da sind und auch heute und morgen nicht herzustellen sind. Die Demokratie hat sich bei ihrem

*) Der Geist, mit welchem ausgerüstet die Demokratie ein solches Riesenwerk wohl unternehmen und auf sichern Erfolg rechnen könnte, fehlt ihr leider heute. Er ist das Christenthnm, worauf wir schon in der Einleitung hinzuweisen uns erlaubten.

Streben in das Ideal vertieft, das uns freilich immer als das ewig gültige Muster bei allem Thun vorschweben und die Richtung geben soll, aber sie verlangt sofortige Verwirklichung des Ideals, ohne zu versuchen, das Bestehende allmälig zu höherer Gestaltung heranzubilden. Namentlich die deutsche Frage ist es in der die Demokratie so ohne Beachtung der Wirklichkeit auftritt. Sie hat sich glänzend bewährt als treibende Kraft, aber damit scheint ihre Wirksamkeit zu Ende; als gestaltende und führende Kraft hat sie sich der Aufgabe, Deutschland zu einigen, nicht gewachsen gezeigt. Denn ihre Mittel zum Zweck sind unwirksam und unpractisch. Sie verlangt nämlich eine deutsche Centralgewalt, außerhalb der Einzelstaaten, und ein deutsches Parlament, in welchem der Schwerpunct des Ganzen liegen soll. Ganz characteristisch für unsere ideologische Demokratie. Als Zweck könnte man sich diese Forderung gefallen lassen, aber als Mittel wäre sie thöricht und gefährlich. Wenn die Kraft Deutschlands gesammelt, die Einheit gebildet, dann ist eine Centralgewalt mit Parlament am Platze. Aber wo nähme heute eine solche Centralgewalt die Macht her, sich Ansehen zu verschaffen? Auf Erden wäre eine solche Herrschaft nicht möglich. Die geringsten Kleinstaaten würden jedem unbequemen Ansinnen der Centralgewalt sich opponiren, wenn sie wie jetzt souverain blieben. Denn souveraine Staaten können höchstens ein Bundesverhältniß dulden, wie das jetzige — bis zum 14. Juni bestandene —, keine über ihnen stehende Gewalt. Diese würde also unwirksam bleiben. Die Souverainetät der Staaten aber zu beschränken zu Gunsten der Centralgewalt wäre recht schön, wenn es nur durchführbar wäre. Es fehlt wieder die Macht, so etwas durchzusetzen. Denn ohne eine Revolution wäre wohl kein Staat zu bewegen, zu Gunsten einer neuen, machtlosen Centralgewalt, von zweifelhafter Natur, etwas von seiner Selbstständigkeit aufzugeben. Eine Revolution aber ohne eine concretvorhandene, gestaltende Macht

als Führerin hat noch nie zu gedeihlichen Resultaten geführt. Das lehrt die Geschichte, diese unpartheiische Richterin aller politischen Bestrebungen.

Ganz unpractisch und aussichtslos auf Erfolg wird das demokratische Programm aber dadurch, daß es von Preußen verlangt, sich einer solchen Centralgewalt mit Parlament zu fügen, sich abhängig von ihnen zu erklären. Das wäre gleichbedeutend mit dem Aufhören des preußischen Staates als Staat, mit dem Tode Preußens. Aber nun ist Preußen kein Staat, zu dem man sagen kann: „ôte toi que je m'y mette"; sein inneres Leben ist so selbstständig und stark, seine äußere Machtstellung so aus sich selbst entstanden, daß es förmlich verpflichtet ist, eine solche Aufforderung energisch zurückzuweisen. Die nothwendige Bedingung also zur Durchführung des demokratischen Programms wäre eine Niederlage der preußischen Macht. Hier liegt der Widersinn, durch den die Bestrebungen unserer heutigen Demokratie in der deutschen Frage sich selbst das Urtheil sprechen: „um eine deutsche Einheit zu Stande zu bringen, die ihren Theorien und Idealen entspricht, ist es vorher nöthig, den einzigen deutschen Staat, der es auf dem Wege der geschichtlichen Entwickelung zu einem ganz selbstständigen Leben gebracht hat, als Staat zu vernichten." — Als letztes Ziel freilich schwebt uns auch ein Aufhören Preußens vor. Aber unser Weg zur deutschen Einheit setzt an keinem Puncte das Vaterland der Gefahr aus, ohne einen kräftigen deutschen Staat zu sein. Preußen soll naturgemäß erst dann sterben, wenn es zu Deutschland geworden ist. —

Der Anschluß an Preußen gefördert durch die extremen Partheien.

Unsere heutige Demokratie, deren Vertretern es nicht an Intelligenz fehlt, hätte die Einigung Deutschlands bedeutend fördern können wenn sie nicht festgehalten hätte an dem ihr angeerbten Widerstandsgeist gegen bestehende Machtverhältnisse. Es scheint, daß den extremen Partheien, die mehr Anhänglichkeit an ihre

Theorien und Ideale als Herz für das Wohl des Vaterlandes besitzen, sich der Blick trübt für die thatsächlichen Verhältnisse. Die Demokratie hat durch ihre scharfe Opposition gegen das liberale Ministerium Schwerin die preußische Regierung der feudalen Parthei genähert. Als treibende Kraft zur Förderung der deutschen Frage hat sich die Demokratie aber merkwürdiger Weise auch hierdurch gezeigt, freilich in einer Richtung ganz gegen ihre Absicht. Denn die jetzige Regierung in Preußen, speciell ihr Vertreter, der Ministerpräsident von Bismarck, schritt beim Ausbruch der Krise in Schleswig-Holstein energisch ein und suchte dort für Preußen neues Terrain in Deutschland zu gewinnen, zunächst vielleicht nur in der Absicht durch Ausdehnung der Macht, dem absolutistischen Regiment eine größere Bedeutung und Herrschaft zu geben. Doch die feudale Parthei ist nicht Preußen, ihr Einfluß wird vorübergehen, wahrscheinlich dann für immer, — aber was sie für Preußen gewonnen, wird ihm und Deutschland bleiben. Die Forderungen Preußens an Schleswig-Holstein zeigen der Nation einen Weg zur Einigung, der festen Grund und ein bestimmtes Ziel bietet: den Anschluß an Preußen. So wunderbar, wie von höherem Walten geleitet, ist die Verkettung der Thatsachen, daß die extremen Partheien der Nation die Augen öffnen müssen über den rechten Weg zum Ziel. — —

Nun aber die Frage: Wie ist der Anschluß an Preußen ins Werk zu setzen? Eine stricte Antwort läßt sich hierauf nicht geben, denn das hieße Conjecturalpolitik treiben. Aber so viel läßt sich sagen, daß das deutsche Volk auf die Art und Weise des Einigungswerkes einen großen Einfluß üben kann durch Entgegenkommen oder Widerstand. Hier liegt für die Gegenwart unser „Selbstbestimmungsrecht.“ Innerlich muß das deutsche Volk für den Anschluß an Preußen gewonnen werden, es muß ihn wollen, dann wird das Wie sich leicht erledigen. Die Erkenntniß, daß Preußen der natürliche Vertreter Deutsch-

Selbstbestimmung des deutschen Volks.

lands, daß ihm eine providentielle Bestimmung für die Zukunft Deutschlands innewohnt, hat sich schon in weiten Kreisen unseres Volks Bahn gebrochen, aber die Herzen sind noch nicht gewonnen und in Deutschland giebt erst das Herz den Ausschlag, wie es denn ja auch die Geburtsstätte des Willens ist. Man fühlt sich verletzt durch das „specifische Preußenthum,“ den dünkelhaften Uebermuth der Junkerparthei und wird dadurch zu dem Bekenntniß bestimmt: „Wir wollen nicht preußisch werden.“ Dies ist ein gewöhnlicher Ausspruch von Flensburg bis München, von Heidelberg bis Dresden.*) — Hiergegen ist zu bemerken, daß durch den Anschluß Deutschland auch nicht preußisch werden wird, vielmehr als letztes Ziel Preußen sich in Deutschland verwandeln soll. Das specifische, herbe Preußenthum wird schwächer und schwächer werden, je mehr deutsche Stämme mit ihm sich zu Einem Staate vereinigen. Die hinzutretenden Volksstämme werden ihre Eigenart geltend machen — so viel müssen sie sich doch selbst zutrauen — und das schließliche Resultat wird ein ganz deutscher Staat sein, auferbaut freilich durch Preußens gestaltende Kraft. Preußisch zu werden ist für die deutschen Stämme also das beste Mittel, Preußen anders zu machen, die ihnen unangenehme Außenseite zu beseitigen und den tüchtigen Kern fürs ganze Vaterland nutzbar zu machen. Das preußische Junkerthum wird keinen Gewinn von einem Großpreußen haben, in einem solchen wird es bald zu den geschichtlichen Erinnerungen gehören, in denen dann vor dem letzten Glanz seiner Vertreter zur Fridericianischen Zeit das trübe Licht der Epigonen von heute erbleichen wird. —

*) Ein heutiger deutscher Historiker, L. K. Aegidi, sagt einmal (s. d. Aufsatz: Wer ist Stein? im Hamb. Gem. Almanach vom J. 1864): „Unser Patriotismus glaubt deutsch zu reden, wenn er die Formel hersagt: „„Wir wollen nicht preußisch werden.““ Stein (der Freiherr vom Stein, geborner Nassauer) wurde preußisch — und Preußen ist dann durch Stein ein anderes geworden.“

Von gegnerischer Seite wird die Abneigung gegen Preußen in Süddeutschland als so stark geschildert, daß durch den Anschluß an Preußen nur ein Staat bis zur Mainlinie erreichbar sei, kein Deutschland. Mag sein, daß heute namentlich vielleicht in Altbayern ein ganz rechtschaffener Haß gegen Preußen herrscht; die Bayern sind aber doch Deutsche, und vorzugsweise Gemüths- weniger Verstandesmenschen. Sie sind daher vielleicht schwerer zu gewinnen für einen neuen Rechtszustand, werden dafür aber auch, wenn er einmal von ihnen als gut erkannt wird, desto treuer daran hängen. Wäre aber der Anschluß Deutschlands an Preußen bis zum Main fertig, so würde der neue Staat auf die Verhältnisse von ganz Deutschland einen so gewaltigen Einfluß äußern, daß schon durch die natürliche Gravitation das zögernde Volksgefühl im Süden zu ihm hingezogen werden müßte. Darauf ist gewiß zu rechnen. Die süddeutschen Staaten wollten sich auch zuerst dem preußischen Zollverein entziehen, handelspolitische Vernunft bewog sie zum Beitritt und es wurde der preußische ein deutscher Zollverein. So wird auch in der entscheidenden Stunde eine patriotische Erwägung unsere süddeutschen Brüder bestimmen, den durch Preußens Macht und Kraft entstandenen neuen Staat zur Großmacht Deutschland zu machen.

Abneigung Süddeutschlands gegen Preußen.

Die Bevölkerungen aber der in der unmittelbaren Machtsphäre Preußens liegenden Klein- und Mittelstaaten sollten in sich eine ernste Selbstschau halten, damit nicht etwa unser altes Erbübel, der selbstsüchtige Particularismus, das Hauptmotiv bilde zu dem: „Wir wollen nicht preußisch werden." Characteristisch für diesen Particularismus ist es, daß er vorgiebt für Deutschlands Einheit zu schwärmen, zuweilen in demokratischem Gewande, zuweilen auch im Kleide der Anhänger des Bundes und Oesterreichs einhergeht, immer aber in höchst tugendhafter Entrüstung mit schönen Phrasen gegen die „Vergewaltigung des Rechts" durch Preußen predigt. Ach! unser philosophisches deutsches Volk

Nothwendiges Opfer des kleinstaatlichen Particularismus

ist diesem bösen Uebel, das den Schein für Wesen nimmt und dabei sich selbst zu belügen sucht, daß es etwas Rechtes besitze, gar sehr verfallen! — Will man aber nicht blos für Deutschland schwärmen, sondern will man etwas thun für seine Gestaltung, so muß Jedem klar werden, daß die particularistische Selbstsucht das Opfer sein muß, das noch dazu nur die Einbildung als Opfer ansehen kann. Denn die Einzelstaaten sollen nur imaginäre Güter aufgeben, um dafür reelle von Preußen zu empfangen. Wenn als ersten Schritt zum Einheitsstaat — zur Errichtung eines Bundesstaats als Uebergangszustand — die Einzelstaaten ihre Militairkraft der Verfügung Preußens, sowie ihren diplomatischen Verkehr mit dem Auslande der preußischen Vertretung überlassen, so geben sie nur eine scheinbare Kriegsmacht und einen machtlosen Einfluß im Auslande auf und gewinnen ein starkes, schlagfertiges Heer und wirkliches Ansehen im Auslande. Wären wir soweit, so wäre viel für Deutschland gewonnen, denn durch ein solches Arrangement wären die Hauptgegner der deutschen Einheit, die fürstlichen Dynastien, ihrer wirksamsten Stützen beraubt. Auf dies vorläufige Ziel hin richte sich das ernste Streben Aller, die Preußens Beruf für Deutschland erkannt haben. Der National-Verein nehme sein Programm wieder auf und wirke kräftig dafür, unbekümmert um das Bismarck'sche Regiment!

Schöne Aufgabe Schleswig-Holsteins.

Schleswig-Holstein aber ist durch den Lauf der Ereignisse die schöne Aufgabe geworden, den Impuls geben zu können für alle deutschen Lande zum opferwilligen Streben für's Vaterland. Die Herzogthümer könnten sich ein Denkmal ewigen Ruhmes in der Geschichte setzen, ein Denkmal edelster Art, der Selbstverleugnung für einen großen Zweck. Welch' einen Eindruck würde es nicht machen im Vaterlande, wenn das schleswig-holsteinische Volk — nicht die Ritterschaft — in gerechter Würdigung dessen, was dem Lande, was Deutschland Noth thut, vor das deutsche Volk hinträte und sagte: „Wir erkennen, daß die Selbstständigkeit unseres

Staates eine scheinbare, in sich unwahre, sein würde, daß unser s. g. Recht auf eine solche dem wirklichen Bedürfniß des Gesammt-Vaterlandes entgegensteht. Wir wollen aber ein lebenskräftiges, nützliches Glied Deutschlands sein und erkennen deswegen die Hoheit Preußens an." So etwas könnte zünden in den Herzen der deutschen Völker und einen Willen erwecken, der entscheidend würde für das Licht eines neuen Tages in Deutschland. Auch Fürsten könnten durch solche Hingabe eines Volksstammes eingedenk werden, daß sie Deutsche sind. Giebt es denn im Vaterlande keine Fürsten mehr, denen Deutschland höher steht als der vermeintliche Glanz ihrer Familie? Giebt es aber noch Solche, so sollten sie als ächte Fürsten die Ersten sein: in opferfreudiger Hingabe für die Förderung des Ganzen. — Ach! könnte doch die Geschichte dereinst erzählen von der Einigung Deutschlands, als einem Werke der Opferfreudigkeit aller Stämme, denn auch Preußen muß seinen starren, specifisch preußischen Hochmuth opfern und es wird, seiner Vergangenheit eingedenk, sich für Deutschland hingeben, wenn man ihm entgegenkommt. — Aber leider ist bis jetzt geringe Aussicht, daß das große Werk sich so günstig gestalte; es ist den Völkern und insbesondere dem schleswig holsteinischen fort und fort die Schlangenweisheit in's Ohr geflüstert: „Die Selbstbestimmung ist das Grundgesetz des Völkerlebens, gebt nicht nach, haltet fest an Eurem Recht, es muß Euch werden!" Und die Lockung — das Mittel als Zweck setzend — findet noch immer Gehör und verursacht Widerstand gegen Preußen. Dieses aber, jetzt mit Bewußtsein seine Aufgabe verfolgend, wird dadurch gezwungen zu rauhen Mitteln zu greifen. Das deutsche Volk kann den Weg Preußens ebnen; möchte doch die Androhung von „Blut und Eisen" ein bloßes Wort bleiben!*) — Die demokratische wie die feudale Parthei werden, jede in ihrer Weise, dafür sorgen, daß die Frage

*) Vor dem 14. Juni geschrieben. —

des Anschlusses an Preußen nicht von der Tagesordnung verschwindet; das „Selbstbestimmungsrecht" des deutschen Volkes hat es in der Hand, den Partheien die Früchte ihrer Anstrengungen zu entwinden und sie zu Segnungen des Vaterlandes zu gestalten. Nur die Selbstverleugnung, die freiwillige Hingabe alter, für ein wirkliches politisches Dasein unzureichender, Rechte geben uns im Anschluß an Preußen ein den vollständigen Staatszweck erfüllendes politisches Leben. Ist der Preis, der gefordert wird, denn zu hoch, wo es gilt ein Vaterland zu gewinnen?

Rücksicht auf das Ausland.

Eine ängstlich fragende Rücksicht auf das umgebende Ausland darf das deutsche Volk nicht abhalten, sich seinem Einigungswerke zu widmen. Auch in Bezug auf diesen Punct ist der Weg zum Ziel durch den Anschluß an Preußen der sicherste. Denn so gewiß eine Einmischung des Auslandes in eine solche innere deutsche Angelegenheit einfach eine Unverschämtheit zu nennen, so gewiß wäre auch Preußen — besonders bei zunehmender Größe — die geeignetste Macht, auf eine etwaige Anfrage von Außen die gebührende, nachdrückliche Antwort zu geben. Indeß ist es sehr wahrscheinlich, daß man im übrigen Europa eine sich vollziehende Einigung Deutschlands, als fait accompli, wenn auch ungern, annehmen wird. In ausländischen politischen Kreisen scheint sich die Ansicht festzustellen, daß die Absorption der deutschen Staaten durch Preußen ein im Laufe der geschichtlichen Entwickelung sich naturgemäß vollziehender Proceß ist, bei dem nur noch die Zeitfrage unentschieden. Politischer Scharfblick ist im Auslande häufiger anzutreffen als bei uns. —

Recapitulation.

Fassen wir unsere Ueberzeugung in kurzen Ausdrücken übersichtlich zusammen:

Die deutsche Frage ist der Kernpunct der Verwickelung in der schleswig-holsteinischen Frage. — Die Herstellung eines einheitlich kräftig wirkenden Staates für ganz Deutschland — mit vorläufiger Nichtberücksichtigung Oesterreichs — ist eine politische Pflicht des deutschen Volks. — Als

natürlichstes, von der geschichtlichen Entwickelung gewiesenes Mittel zur Erfüllung dieser Pflicht stellt sich der Anschluß an Preußen dar. — Dieser Weg zur Einheit erscheint als ein wirklicher Fortschritt in der Entwickelung des deutschen Volks, während das Verlangen von Preußen, seine lebenskräftige Existenz einer neuzubildenden Centralgewalt zu Liebe aufzugeben, eine Unnatur, ein Rückschritt sein würde. — Die beste Art und Weise des Anschlusses an Preußen liegt in der Selbstbestimmung des Volkes, zu Gunsten des Ganzen auf seine, größtentheils imaginairen, Stammesprärogative zu verzichten. — Der enge Anschluß der Herzogthümer an Preußen wäre somit als ein bedeutsamer Anfang zur Lösung der deutschen Frage zu betrachten, und entspringt daraus die Pflicht für jeden Freund eines naturgemäßen Fortschritts: das schleswig-holsteinische Volk für eine solche Lösung geneigt zu machen. —

Die wohlthätigen Wirkungen eines Anschlusses an Preußen für die Einzelstaaten, für Preußen selbst und für ganz Deutschland liegen wesentlich in Folgendem: Den Einzelstaaten wird der größte Segen in jeder Hinsicht aus der Vereinigung mit Preußen erblühen. Wenn sie gleich aus Königreichen, Herzogthümern und dergl. zu Provinzen eines großen Staates werden, so kommen sie doch eben dadurch aus dem Scheinleben in das wirkliche Leben. Sie kommen in Verhältnisse, die in sich wahr sind; ihre Selbstständigkeit als Staat war nur von außen angeheftet, keine organische Nothwendigkeit. Es kann nicht fehlen, daß die Bevölkerungen durch den Eintritt in das lebensvolle Gefüge eines Staates von realem Dasein an practischem, politischem Blick, überhaupt aber, durch das Aufhören des politischen Scheinlebens, an sittlichem Werth gewinnen. Die uns bewußt und unbewußt anhängende kleinstaatliche Engherzigkeit wird bald wie ein böser Traum hinter uns liegen und mit Beschämung als solcher erkannt werden. — Preußen wird durch

den allmäligen Anschluß der Einzelstaaten an Gleichgewicht und Ruhe seines innern und äußern Lebens gewinnen. Durch die Herstellung eines neuen Rechtszustandes wird das Unnatürliche seiner heutigen Stellung in Deutschland beseitigt. Diese Stellung aber mit ihrem Mißverhältniß zwischen Pflichten und Rechten ist es vornehmlich, die in Preußen das Gedeihen einer ächten constitutionellen Freiheit verhindert, indem sie die Regierung förmlich zwingt, die Machtmittel des Staats möglichst straff, ohne Controlle, in ihrer Hand zu behalten. Aus dieser Nothwendigkeit für die äußere Stellung des Staats ist die Hinneigung zum Absolutismus im Innern gestärkt worden. Dieser verliert also durch eine erleichterte Stellung Preußens nach Außen einer wesentlichen Stütze. — Und Deutschland? Es gewönne Alles durch die Vereinigung seiner Glieder, durch die willige Unterordnung aller Theile unter die Zwecke des Ganzen. Es würde aus einem geographischen Begriff zu einer politischen Macht. Wem schlüge das Herz nicht höher bei dem Gedanken an die Möglichkeit, unsere patriotische Sehnsucht verwirklichen zu können?! Der Deutsche kann ein wirkliches Vaterland gewinnen, ein Vaterland, was ja so lange schon ihm „fehlte zu jedem Glück auf Erden“. — Ist aber die Einheit unsers Vaterlandes hergestellt, ist die Machtfrage entschieden, dann wird die schönste Frucht des neuen Lebens die Freiheit sein. Durch Zwietracht ist die alte Freiheit des Mittelalters uns verloren gegangen, nur durch Eintracht unsers Volks wird sie in neuer, veredelter Gestalt uns sich wieder zuwenden. Freiheit kann nur in wahren Verhältnissen gedeihen, also wird ächte politische Freiheit sich nur entwickeln können, wo sich volles, reales politisches Dasein findet. Nie aber wird sie da zu finden sein, wo man in selbstsüchtiger Verblendung sich zurückziehen möchte auf die Pflege seiner Sonderinteressen, wenn auch mit der freisinnigsten Constitution. Also „in Eintracht, durch Einheit zur Freiheit.“ Nur so

wird die Eigenart unseres deutschen Volkes sich voll und harmonisch ausbilden, nur in dem festen Körper eines großen deutschen Staates für Alle wird das deutsche Volk nach Außen seine politischen Pflichten erfüllen können, die es bisher vernachlässigt hat, wird Deutschland zum Heile der Welt unter den Staaten Europas die Stelle einnehmen, an der es schon zu lange gefehlt hat.

Obiges war vor dem 14. Juni niedergeschrieben. Mit dem Bundesbeschluß von diesem Tage ist die Frage: Was ist uns Preußen? eine persönliche Lebensfrage jedes Deutschen geworden. Das deutsche Volk ist wie Herkules an den Scheideweg gestellt. Kein Moment der deutschen Geschichte ist ernster, zukunftbestimmender gewesen als der gegenwärtige. Er trifft unser Volk, wenngleich betäubt von dem Chaos der hin- und herwogenden Meinungen und Parthei-Agitationen, doch in einer erträglichen Urtheilsfähigkeit, ausgerüstet mit einem unverkennbaren Wahrheitssinn, der den Vaterlandsfreund in manchen Augenblicken mit der festen Zuversicht erfüllen kann, daß die Entscheidung des Volks schließlich das Rechte treffen werde. Die Entscheidung ist nicht zu umgehen — es gilt den Bestand Deutschlands — aber sie wird täglich, ja stündlich dem unbefangenen Gemüth leichter. Die Gegensätze verschärfen sich, aber werden auch klarer dadurch. Die Frage dieser Tage vereinfacht sich zu der Frage: Preußen oder Oesterreich? Schlußwort.

Deutsches Volk! folge nicht blindlings der augenblicklichen Regung deines natürlichen Gefühls, — die glatte, gleißnerische Außenseite der österreichischen Regierung, der treue biedere Character der Völker Oesterreichs könnte dich irre führen — sondern prüfe dein historisches Gewissen, erforsche durch dies die Natur der beiden Staaten. Dann wird deine Entscheidung, wir leben der felsenfesten Ueberzeugung, nicht zweifelhaft sein können! —

Es gilt heute ein 450jähriges langsames, zuerst unbewußtes, später bewußtes Werden von Seiten des deutschen Volks zu sanctioniren oder zu verwerfen. Es gilt: mit Preußen die Kraft Deutschlands zusammenzufassen für Deutschland, oder: mit

Oesterreich die Kraft Deutschlands auseinanderzuhalten, um sie auszunutzen für Oesterreich. Das ist, mit dürren Worten gesagt, die Tendenz der beiden Staaten in Bezug auf unser Vaterland. Es ist die gebieterische Pflicht jedes ehrlichen Deutschen, sich über das Vorhandensein und die Richtigkeit dieses Gegensatzes klar zu werden. Wer aber diese Richtigkeit erkannt — und es scheint uns ein Schwanken darüber geradezu unerklärlich — der darf heute von keiner sonstigen politischen Partheirücksicht sich zurückhalten lassen. Er muß auf der Seite Preußens stehen in dem Kampf, den dieses aufgenommen für eine Reform der deutschen Zustände, mit dem ausgesprochenen Zweck, Deutschland eine politische Existenz zu geben. —

Man betrachte Oesterreich nicht als ein nothwendiges Correctiv, um die germanische Art zu schützen gegen ein Zuweitgehen Preußens im Centralisiren. — Dies Correctiv ist vorhanden in jedem Deutschen, dessen Grundzug die Geltendmachung der freien Persönlichkeit. Diese zu wahren, bedarf es keiner Großmacht. — Im Mittelalter bestand als Gegengewicht des Kaiserthums keine Macht von 30 Millionen wie Oesterreich heute, und doch war damals die germanische Art in Deutschland besser entwickelt als heute. — Um die Freiheit zu schützen, bedarf es keiner Staatsmacht; sie wäre nur schädlich, weil das Volk dadurch lässig würde, — auch ist es Ironie, das von Oesterreich zu erwarten. Die Freiheit zu schützen, ist Sache des Volkes selbst. Die Einheit aber zu vertreten, ist nothwendig Sache des Staats, und das ist uns Preußen in Deutschland. —

Es ist hier nicht möglich, zur Nachweisung der Natur von Preußen und Oesterreich in Bezug auf Deutschland ein eingehendes historisches Bild der letzten 400 Jahre — seitdem die Häuser Habsburg (mit Albrecht II. 1437 die seitdem nur einmal durch Karl VII. von Bayern (1742—45) unterbrochene Reihe der deutschen Kaiser beginnend) und Hohenzollern (mit Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg als Kurfürst Friedrich I. die Mark Brandenburg durch Belehnung von Kaiser Sigismund dem Luxemburger 1417 übernehmend) bleibende Bedeutung für Deutschland gewinnen, zu entwerfen. Wir müssen uns darauf beschränken,

durch einfache Hinweisung auf Thatsachen und Personen das historische Gedächtniß der Leser aufzufrischen, und auch dies allein schon wird vollständig genügen, den Character von Preußen und Oesterreich klar zu machen. — Schon der Zweite in der Reihe der Habsburger, der deutsche Kaiser Friedrich III. (1440—93), wird entscheidend für die Richtung der österreichischen Politik, wie sie von allen folgenden Kaisern bis heute, mehr oder weniger, festgehalten worden. Es war die Zeit Friedrich III. der Uebergang des Mittelalters in die neue Zeit. Die neuere Politik als solche wurde damals geboren, welche die s. g. „Staatsraison", d. h. vor allen Dingen das Interesse des regierenden Fürstenhauses, als allein bestimmendes Motiv nimmt. Das deutsche Reich war aber schon damals zerklüftet, uneinig in sich, kein eigentlicher Staat mehr — 1460 schloß sich z. B. Schleswig-Holstein an Dänemark an — daher es allerdings wohl begreiflich ist, daß Friedrich III., ein bequemer, träger Mann, es vorzog, seine Hausmacht, sein Oesterreich, auf alle ihm ersprießlich scheinende Weise zu stärken und das Reich, Deutschland, sich selbst zu überlassen, seine Kaiserwürde nur dazu zu verwenden, aus Deutschland, so viel eben möglich, Nutzen zu ziehen für Oesterreich. — So entstand die österreichische, deutsche Kaiser-Politik, verschieden von der Barbarossas! — Betrachtet man in Parallele hierzu die Politik Frankreichs in Bezug auf Deutschland, seine Raubkriege von Heinrich II. an bis auf Napoleon I., so wird man vielleicht über eine Hauptursache derselben nicht mehr im Zweifel sein. Die Habsburger und ihre Erben, die heutigen Lothringer (la maison de Lorraine), waren schlechte deutsche Kaiser. — Der arme Friedrich III. wurde durch noch einen Act, den er mit großem Eifer betrieb, verhängnißvoll für Deutschland bis auf den heutigen Tag. Es war die bekannte burgundische Heirath, die Vermählung seines Sohnes Maximilian mit Maria von Burgund. In Folge dieser Ehe kamen die Niederlande und in Folge der Ehe eines Sohnes aus jener ersten — Spanien an das Haus Habsburg und dasselbe wurde eine Zeit lang die erste Macht der Welt, sehr zum Schaden von Deutschland. Denn wäre Karl V., der Enkel Maximilians, ein Deutscher gewesen und nicht ein spanischer Niederländer, dem vor Allem, d. h. nach seinem

Haus-Interesse, Spanien am Herzen lag, er würde sicher der evangelischen Lehre Luthers beigetreten sein und so Deutschland vor confessionellem Zwiespalt und dem unsäglichen Elend der Religionskriege bewahrt haben. — So leidet Deutschland bis auf den heutigen Tag durch die verderbliche Richtung, welche die österreichische Politik schon vor 1500 unter Friedrich III. genommen hat. Alle spätern Verwickelungen und Kämpfe in unserm Vaterlande sind zu einem großen Theile nur Folgen jener ersten habsburgischen Sünden. Wahrlich! um sich dieser Wahrnehmung zu verschließen, muß man nicht sehen wollen. — Auf Karl V. folgten sehr bald die Jesuiten und nun ging das rechte Elend an, das von Wien aus über Deutschland kam. Pater Lamormain und der von den Jesuiten gedrillte fanatische Kaiser Ferdinand II. entfesselten die Furie des dreißigjährigen Krieges über Deutschland und der Westphälische Friede (1648) zeigt uns unser Vaterland mit ganz zerbrochener Volkskraft, mit einer nahezu gesetzmäßigen Einmischung des Auslandes, Frankreich und Schweden, in die innern deutschen Angelegenheiten. Es ist unmöglich an diese Schmach zu denken, ohne Grimm gegen Habsburg!*)

---

*) Mit Kaiser Karl VI. starb 1740 der Mannsstamm der Habsburger aus. Durch Vermählung der Erbtochter, der verehrungswürdigen Maria Theresia, kam in den Besitz der östreichischen Hausmacht und, bis zur Auflösung des alten Reichs, auch der deutschen Kaiserkrone: das Geschlecht der Lothringer, welches heute noch in Wien regiert. — Dies Geschlecht hängt mit den alten Habsburgern nur durch mütterliche Abstammung zusammen. Es ist eine halb französische, halb deutsche Familie. Der rein französische Zweig ist bekannt unter dem Namen der Guisen: auf ihm ruht der Fluch der Bartholomäusnacht; es schloß mit dem spanischen Habsburg die bigotte katholische Liga gegen den eigenen König und repräsentirte in Frankreich nicht etwa den Katholizismus, sondern die Intoleranz. — Als die Lothringer die Mitgift der östreichischen Monarchie erlangten, hatten sie ihr eignes Lothringen gegen Toscana vertauscht; das Land ihrer Väter erhielt ein aus Polen vertriebener König (Stanislaus Lescinsky), und sodann der Eidam desselben — Ludwig XV. von Frankreich. — In diesem Jahre, 1866, während Oesterreich einen Kampf auf Leben und Tod für die Verewigung der Nullität Deutschlands beginnt, wird in Frankreich eine Säcularfeier stattfinden: für die hundertjährige Einverleibung Lothringens, d. h. des Stammlandes Franz Josephs von Oesterreich! — Doch genug von der Glorie dieses „deutschen" Kaiserhauses!

Wie war das Verhalten der brandenburgischen Hohenzollern bis zu diesem Zeitpunct? — Sie waren durchweg tüchtige Leute, ihre Regentenpflichten mit heiligem Ernst erfüllend. Dabei waren sie, das ist wohl festzuhalten, in eminentem Grade dem Kaiser und Reich getreue Fürsten. Treu dem Kaiser, nicht weil er Habsburger, sondern weil er Reichsoberhaupt war. Einige von ihnen waren geradezu Säulen des Reichs, Hauptstützen der kaiserlichen Würde, wie z. B. Albrecht Achilles, zu eben jener Zeit Kaiser Friedrichs III. Alle aber, von Anfang an, Friedrich I., Friedrich II., der Eisenzahn, Albrecht Achill, Johannes Cicero, Joachim I. und II. (1417 — 1571) und ferner bis Johann Sigismund († 1619), welcher das Herzogthum Preußen erwarb, waren treue Pfleger — ihnen selbst noch unbewußt — des geheimen Werdens, aus dem später mit vollem Bewußtsein das neue deutsche Königthum, Preußen, hervorgehen sollte, heute mit der Frage der deutschen Nation entgegentretend: was bin ich Dir?

Nach dem 30jährigen Kriege begann das Wirken des großen Kurfürsten von Brandenburg, Friedrich Wilhelm (1640 — 88). Wir haben schon oben, im ersten Abschnitt, darauf Bezug genommen und gezeigt, wie das Emporkommen der brandenburgischen Macht in jener Zeit Deutschland vor dem politischen Tode bewahrte. — Durch diese Thatsache gewinnen wir die Zuversicht, daß auch heute Deutschland nicht untergehen wird. — Das achtzehnte Jahrhundert brachte Brandenburg-Preußen in den bewußten Gegensatz gegen das österreichische Habsburg. Der Zustand des deutschen Reichs bot einen kläglichen Anblick; unheilbar erkrankt, fristete es ein schattenhaftes Dasein, dem Grabe zuschwankend. Der Kaiser Karl VI., die Regeneration des Reichs aufgebend, setzte die Hauptkraft seines Lebens an das Zustandebringen der s. g. „Pragmatischen Sanction", um Oesterreich nach seinem Ableben vor Zerstückelung zu bewahren. — Friedrich II. von Preußen, durch die strenge Erziehung seines unvergeßlichen Vaters mit dem rechten Respect vor der Thatsache ausgerüstet, mußte sich in Zwiespalt setzen mit den ihn umgebenden, lügenhaft gewordenen Existenzen. Nach Kaiser Karls VI. Tode (1740) ergriff er Schlesien, gestützt auf die alte Erbverbrüderung mit

Liegnitz (1537), welches seit Kaiser Ferdinand II. dem brandenburgischen Kurstaat vorenthalten war von Oesterreich. In den drei schlesischen Kriegen behauptete er seine Ansprüche, zuletzt gegen das, Oesterreich zu Hülfe gekommene, halbe Europa. — Empfing durch den Ausgang des 30jährigen Kriegs die habsburgische Macht den ersten erschütternden Stoß ihres unheilvollen Einflusses auf Deutschland, so stand durch den Ausgang des 7jährigen Krieges (1763) das neue deutsche Königthum, die Großmacht Preußen, fertig da, die Idee eines deutschen Staats, in sich selbst, vertretend, fähig und bereit, gegebenen Falls für Deutschland einzutreten auf Leben und Tod!

Seit Friedrichs Tode lebt der Gegensatz zwischen der Tendenz Preußens und Oesterreichs, im deutschen Volk unbewußt, aber in den Staatslenkern der beiden Staaten bewußt fort. Kein rechter preußischer Staatsmann konnte andere Politik treiben als diese: Deutschlands Kräfte in Preußen zusammenzufassen für Deutschland. Dieser Gedanke lebte und arbeitete in und durch den Freiherrn vom Stein. Jeder bedeutende österreichische Staatsmann — Graf Stadion, von 1806 bis 1809, war die einzige Ausnahme; Ehre ihm! — vertrat die alte österreichische Politik, das uneinige Deutschland für Oesterreich zu verwerthen, womöglich mit dem Schein des historischen und staatlichen Rechts. Als Prototyp dieser Staatskunst genügt es — Metternich zu nennen. — Die Gründung des deutschen Bundes 1815 ist als ein Triumph der Tendenz Oesterreichs über die Tendenz Preußens — man denke nur an den Aufruf von Kalisch! — zu bezeichnen, ein Sieg Metternichs über die Schwäche Hardenberg's und Humboldt's. Stein beklagte auf's Tiefste den Abschluß der Bundes-Acte. Er sah Preußen, welches er liebte, durch dieselbe in eine falsche, seiner unwürdige Lage gebracht. Die österreichische Suprematie, gegründet auf die Zerrissenheit Deutschlands, war durch die Paragraphen der Bundes-Acte sanctionirt. Preußen war im besten Falle zum obersten Polizei-Agenten Oesterreichs in Deutschland bestellt. Eine Rolle, die es wirklich hat spielen müssen. —

Dieses selbe Oesterreich nun, Schöpfer und Präsident des Bundes, welches immer mit Emphase seine Bundestreue versichert, die Paragraphen der Bundes-Acte als den absolut ver-

bindlichen Rechtscodex Deutschlands betont, dem es stets bereit sich unterzuordnen, dieses Oesterreich führt den Bruch des Bundes herbei durch eine ganz nichtige Interpretation des Artikel 19 der Bundes-Acte. Eine Ironie der Weltgeschichte könnte man es nennen. Oesterreich zerbricht sein eigenes Recht, das Buchstabenrecht, das einzige welches es noch hatte in Deutschland. Denn Artikel 19 und die folgenden, welche wesentlich dazu gehören, aber nicht mit berücksichtigt wurden, hätten höchstens — wenn die Competenz des Bundes für den Streit in Holstein zugegeben würde, — etwa ein Erkenntniß des Ober-Appellationsgerichts in Celle und im Fall preußischen Widerstandes nach einem Vierteljahr die Bundes-Execution herbeiführen können, aber bundesrechtlich niemals einer Mobilmachung des Bundesheeres, wie geschehen, zum Vorwand dienen. — Aber Oesterreich, im dunkeln Gefühl, daß für seine Machtstellung der entscheidende Augenblick gekommen, in klarer Erkenntniß, daß der jetzigen preußischen Regierung gegenüber, das alte Spiel der Intrigue *) zur Behauptung seines Einflusses in Deutschland nicht ferner angebracht ist, hat es vorgezogen an die Gewalt zu appelliren und Preußen einen Kampf auf Leben und Tod zu bieten. Dieser Kampf zwischen Oesterreich und Preußen wird — wenn nicht alles trügt — die Zukunft Deutschlands endgültig entscheiden. Dem deutschen Volk, uns liegt es ob, nachdem wir klar geworden über die Natur Oesterreichs und Preußens, zu wählen zwischen den Beiden, zwischen Zerrissenheit, Ohnmacht Deutschlands und seiner wirklichen staatlichen Existenz. Wer könnte zweifelhaft sein?

Preußen tritt ein für Deutschland! Das Königswort Wilhelms I. in seinem Aufruf „An mein Volk" vom 18. Juni ist Bürge dafür! — Die seit dem Bundesbruch eingetretenen und ferner bevorstehenden Ereignisse werden mit ehernen Zügen dem

*) Eine Rolle in diesem Spiel der Intrigue, der diplomatischen Hetzerei und Ohrenbläserei, wird dem Agenten des Erbprinzen von Augustenburg in Wien, v. Wydenbrugk, zugeschrieben, der, als der Erbprinz Ende Mai 1864 nach Berlin eingeladen worden, ihn im österreichischen Interesse gegen die preußischen Forderungen präoccupirte, und sodann in Wien die Feindschaft gegen Preußen schürte. Man lese, was Freiherr v. Roggenbach in der badischen Kammer über W. gesagt hat!

deutschen Volk die Lehre in's Gewissen schreiben, daß Schein oder Halbheit in politischen Dingen nicht bestehen können.*) Die Feder des Publicisten schweigt vor dem gewaltigen Kampf, dem Gericht der sittlichen Weltordnung. — Schwankt aber auch der Kampf, bliebe selbst die Entscheidung lange zweifelhaft, folgten selbst auf den Anfang in Hannover, Sachsen und Kurhessen, wo die gänzliche Rathlosigkeit und Zuchtlosigkeit der Regierungen, die Verwirrung in ihren Maßnahmen, die kalte Theilnahmlosigkeit der eigenen Bevölkerungen unwillkürlich an Roßbach erinnern, folgten hierauf selbst Tage wie Kollin oder Kunersdorf — immer steht uns die Ueberzeugung unerschütterlich fest, daß das 450jährige Werden Preußens nicht umsonst gewesen sein wird, daß Preußen die Aufgabe lösen wird: Einen großen Staat zu bilden als Correctiv der Stammesselbstsucht, als nothwendige Grundlage der Selbstregierung in der Gemeinde, ohne welche diese illusorisch bleiben würde in Deutschland. — Graf Bismarck ist der Mann, eine solche Grundlage zu schaffen, dem deutschen Volk liegt es dann ob, das Gebäude in Freiheit darauf auszubauen. — Darum: In Gottes Namen! Vorwärts mit Preußen für Deutschland! Aus dem Schein zur Wahrheit und Freiheit!

---

*) Auch für Oesterreich ist es dringend nöthig, daß es durch das Aufhören seiner bisherigen deutschen Politik aus dem Scheinleben in die politische Wahrheit trete. Denn seine Prätensionen in Deutschland tragen die größte Schuld an seiner inneren Zerklüftung, tragen namentlich auch die Schuld daran, daß es seine Culturmission gegen Südosten seit 400 Jahren so sehr mangelhaft erfüllt hat. Tritt Wahrheit zwischen Deutschland und Oesterreich ein, dann vermag das in sich selbstständige Deutschland dem verbündeten Oesterreich die rechte geistige Kraft zu bieten, um es zu befähigen, als „Spitze des germanischen Keils" gegen Südosten seine Cultur-Aufgabe wahrhaft ersprießlich zu lösen.

Druck von Carl Reese in Hamburg.

Preussen und seine Bedeutung für Deutschland

Hamburg 1866